

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

290 (14.12.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Musikstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.15 M mit, 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 P. Samstags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonnenzeile 22 P., auswärts u. Kollektivans. 28 P., Reklame 1 M. Annahmefrist 8 Uhr vorm.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Schriftleitung: Georg Schöfflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Radel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volkstfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Wirtschaftskrise und Angestelltennot

Vorläuferkonzern der Angestelltenverbände

Der A.A.-Bund hatte am Freitag abend eine große Vorstandskonferenz der gewerkschaftlichen Angestelltenverbände Deutschlands nach dem Bückeburg des Berliner Rathauses einberufen, um sich mit den im Zusammenhang der gegenwärtigen Krise stehenden wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen zu beschäftigen.

Außer den abwesend erschienenen Organisationsvertretern waren Vertreter des Reichs, der Länder, der Kommune, der sozialdemokratischen Fraktionen und der Zentrumsfaktion des Reichstages anwesend. In einem ausführlichen Referat behandelte Prof. Dr. Emil Lederer-Heidelberg die Ursachen und Bekämpfungsmöglichkeiten der Wirtschaftskrise. Die Hauptursache der deutschen Wirtschaftskrise liegt in dem hohen Preisniveau der deutschen Waren und der dadurch bedingten Unmöglichkeit des Absatzes im In- und Ausland. Die von den Unternehmern betriebene Argumentation, daß die Vertapung der Betriebsmittel, die hohe Sozialbelastung, die angeblich zu hohen Löhnen und die verkürzte Arbeitszeit die Güteverbesserung erhöhen, ist falsch. Das beweist am besten die amerikanische Industrie, die durch hohe Löhne und bis ins Kleinste gehende Rationalisierung der Produktion den Absatz im In- und Ausland ermöglicht. Die deutsche Wirtschaft hat mit der modernen Entwicklung der Weltwirtschaft nicht Schritt gehalten und versucht diesen Mangel durch den Rohdruck wegzustreichen und macht eine dauernde Bekämpfung der Wirtschaftskrise durch die damit verbundenen Arbeitslosigkeit kaum nur erfolgen durch eine möglichst schnelle Umorganisation der Produktion. Die wichtigste Aufgabe des Staates ist, die Arbeitslosen durch ausreichende Unterstützung überbrückt, um die Wirtschaft zur Rationalisierung der Betriebe zu zwingen und jedem beschäftigten Lohnarbeitenden durch die beherrschenden Organe entgegenzutreten.

Im Anschluß an die überzeugenden Darlegungen des Referenten befaßte sich der Vorsitzende des A.A.-Bundes, Genosse Aufhäuser, mit der Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Angestellten, die darunter noch verhältnismäßig schwerer zu leiden haben als die Arbeiter. Die Inflation hat die Zahl der Bureauangestellten abnorm gesteigert. Die Stabilisierung der Währung und die Einführung arbeitsparender Bureauverfahren hatte einen katastrophalen Angestelltenabbau zur Folge. Sinnvoll kam der Abbau von Beamten und Angestellten der Behörden, die den Stellenmarkt der Angestellten noch erheblich belasten.

Daß der Abbau der Angestellten nicht nur aus Gründen der Sparnis erfolgt, geht schon daraus hervor, daß man wohl die unteren, nicht aber die leitenden Angestellten mit hohem Gehalt abbaut. Die Unternehmer nutzen die Krise aus um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Angestellten zu verschlechtern. Sie sprechen in vielen Fällen nicht die Entlassung aus, sondern beschäftigen ihre Angestellten weiter, wenn sie sich mit Gehaltskürzungen einverstanden erklären. Die Kündigungen und Entlassungen sind zum großen Teil ein

Selbstzug gegen die tarifliche Regelung der Gehälter und Arbeitsbedingungen. Das wird besonders dadurch bewiesen, daß man rückwärts ältere Angestellte abbaute, die wegen ihrer langen Dienstjahre Anspruch auf höhere tarifliche Bezahlung als die jüngeren Angestellten haben.

Die Maßnahmen der Reichsregierung, die die Beschäftigung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages zur Linderung der Arbeitslosigkeit initiiert, sind geradezu eine Herausforderung und Verhöhnung der Erwerbslosen. Sind doch viele Angestellte schon seit dem Ende der Inflation hiengeblieben und der Not und dem Elend preisgegeben. Wenn die Regierung bezweifelungslos die Erwerbslosen vermeiden will, muß sie die aufgestellten und durchaus durchführbaren Forderungen der Gewerkschaften und Parlamentsvertreter zur Durchführung bringen. Die Gewerkschaften aber werden sich gegen den Druck der Löhne der noch in Arbeit stehenden wenden, um die Unternehmer endlich zur Neuorganisation ihrer Betriebe und damit zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu zwingen.

Hierauf wurde eine Entschließung angenommen, in der unter Hinweis darauf, daß bereits über 100000 Angestellte erwerbslos seien, darunter schätzungsweise 100000 Zahlen und weitere Maßnahmen der Regierung, die mangelfähige Hilfe gebietet wird und zwar u. a. Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge, einmündige Zuwendung an ausgesetzte und langfristige Arbeitslose, die bisher nicht unterstellt waren, erhöhter Rücklagenzuschuß und Ratifizierung des Washingtoner Arbeitsvertrages.

Kundgebung gegen die ungenügende Erwerbslosenunterstützung

Berlin, 14. Dez. (Eig. Fundbüro). Die Berliner Kommunisten veranstalteten am Sonntag vormittag im Berliner Lustgarten eine Protestkundgebung gegen die unzureichende Unterstützung der Erwerbslosen, die mangelfähige Versorgung der Kinder und gegen die von der Reichsregierung beschlossene Abbindung der Rückläufer. Die Beteiligung war verhältnismäßig groß. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

120 000 Arbeitslose in Berlin

Berlin, 12. Dez. Wie das Landesarbeitsamt Berlin mitteilt, nimmt die Arbeitslosigkeit immer größere Ausmaße an. Während noch in der Vormonats die Zunahme der Arbeitslosigkeit rund 10 000 betrug, stieg sie in dieser Woche um rund 18 000 auf fast 120 000 in die Höhe. Noch immer weisere und umfangreichere Betriebsbeschränkungen und Entlassungen und Angestelltenentlassungen stehen im Ausmaß. — Es waren 119 991 Personen bei den Arbeitsnachweisen einsetzbar gegen 101 758 der Vorwoche, darunter 83 269 68 586 männliche.

Soziale Not

Provokation statt wirksame Reichshilfe!

Mit unerhörter Heftigkeit ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Wochen gewachsen. Das Reichsarbeitsministerium schätzt die Zahl derer, die heute Anspruch auf die sogenannte Hauptunterstützung haben, auf 600 000. Im August waren es rund 200 000. Innerhalb weniger Monate hat sich also die Arbeitslosigkeit verdreifacht. In der Industrie häufen sich Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen, ganze Betriebsanlagen, die man in dem Sachverhungern der Inflation zusammengeramelt hatte, werden verschrottet. Die Zahlen über die Arbeitslosigkeit kennzeichnen aber noch nicht den ganzen Umfang des Elends. Gewaltig ist die Zahl derer, die schon seit Jahr und Tag nach Beschäftigung suchen, ohne Unterstützung zu erhalten. Das sind insbesondere die Angestellten, die in der Zeit unmittelbar nach der Stabilisierung ihre Stellung verloren haben. Fast nirgendwo befinden sich unter den Arbeitslosen Ersparnisse aus früherer Zeit, die das Elend erträglich machen könnten. Die Inflation hat alles, was vorher an Geld vorhanden war, zerstört. Später aber war es den Wenigsten möglich, bei den hohen Preisen einen Notgroßen zu erwerben. Die Tatsache, daß noch heute die Sparanlagen der Vorkriegszeit ausmachen und davon wieder ein Teil auf die landwirtschaftliche Bevölkerung bezogen. Gewerbetreibende entfällt, beweist das schlagend.

So sind die Opfer der Krise auf die öffentliche Unterstützung angewiesen. Aber nur ein kleiner Teil der Erwerbslosen wird von ihr erfasst. Die Zuwendungen sind so unzureichend, daß die Arbeitslosen schonungslos dem Hunger und Elend preisgegeben sind. Selbst wo menschliches Mitleid versagt, sollte doch wirtschaftliche Erfahrung dazu zwingen, hier helfend einzugreifen. Erinnern sich die Leute, die noch heute nach einer Steigerung der Produktion streben, nicht mehr an die Zeit unmittelbar nach dem Kriege, wo die Arbeitsleistung des Volkes nachweislich infolge der vorangegangenen Unterernährung wesentlich hinter den Anforderungen zurückblieb? Hat denn die deutsche Wirtschaft gar nichts zu verlieren, wenn ihr wertvollstes Gut, die Arbeitskraft, durch lange Perioden des Elends und der Entfremdung geschwächt und teilweise sogar vernichtet wird? Tatsächlich scheint das die Auffassung der gesamten bürgerlichen Parteien zu sein; denn in der Vertretung der gerechten Forderungen der Erwerbslosen sieht sich die Sozialdemokratie einem geschlossenen Block der bürgerlichen Parteien gegenüber, um eine ausreichende Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung zu verweigern. Willig begeben sie sich hier unter die Führung des Herrn Dr. Lohse, der hunderte von Millionen für Subventionen an die Industrie und Landwirtschaft erübrigen konnte, die Verringerung der Erwerbslosen jedoch unter Hinweis auf den notleidenden Staat ablehnt.

Die Sozialdemokratie verlangt für die Erwerbslosen nach wie vor eine Erhöhung der Unterstützungssätze um 50 Proz. und eine stärkere Erfassung der Peripheren, die mit einer Unterstützung bedacht werden sollen. Es liegen einwandfreie Berechnungen vor, wonach die Gesamtkosten der Erwerbslosenunterstützung dann 53 Millionen Mark pro Monat betragen würden. Ein Teil davon könnte aus den Reserven genommen werden, die früher für die Erwerbslosenfürsorge vorgesehen waren, aber nicht ausgeschüttet wurden. Die Krise wird sicher nicht ewig dauern, und darum wäre es besonders angebracht, wenn man jetzt in der Zeit des schlimmsten Notstandes die einmal bewilligten Mittel restlos ausnützt. 53 Millionen Mark monatlich sind 636 Millionen Mark im Jahr, also noch nicht so viel, wie allein das Millionenengeld an die Ruhrindustrie betrug. Dabei ist das Recht der Arbeiterschaft auf Unterstützung fraglos stärker. Die Ruhrindustriellen haben z. B. in ihrer überwiegenden Mehrheit den Ruhrkrieg gewollt oder zum mindesten nichts unternommen, um ihm vorzubeugen. Die Erwerbslosen aber, die heute sich vor den Arbeitsnachweisen stauen, sind schuldlos in das Elend geraten. Sie sind in der Inflation um einen großen Teil ihres Arbeitsvertrages gebracht worden, als die Industrie ohne Rücksicht auf die Zukunft den größten Teil ihres Betriebskapitals in Sachwerte steckte und damit den Grund zu der Krise legte, die heute trotz der Hochschulzollmauern die deutsche Wirtschaft trifft. Die Sozialdemokratie hat sich damals gegen die verhängnisvolle Entwicklung der Dinge gestellt. Die Industrie wußte es besser und bewirkte, daß ein großer Teil des damals aufgammelten Kapitals falsch angelegt und die Anlage ohne Rücksicht auf die Kaufkraft des Inlands bezogen wurde. Das geschah so planlos und sinnlos, daß heute bereits ein großer Teil der Werke stillliegt, während der Warenbedarf der großen Massen unbefriedigt ist.

Stand der deutschen Krise

Berlin, 14. Dez. (Eig. Fundbüro). Der Reichspräsident hat heute vormittag den Führer der Demokratischen Partei, Reichstagsabg. Koch zu sich gebeten, nachdem ihm von dem Reichsminister a. D. Lehrenbach inbezug auf die Vermittlung zwischen den Parteien eine Abgabe erteilt worden ist. Es bedarf keines Zweifels, daß auch Dr. Koch die ihm erteilte Vermittlung nicht annehmen wird, da Zentrum und Demokraten in dieser Hinsicht entsprechend den Vereinbarungen vom Samstag streng konform vorgehen wollen.

Empfang der Reichsregierung beim Verein Berliner Presse

Berlin, 14. Dez. (Eig. Fundbüro). Der Verein Berliner Presse veranstaltete am Sonntag im Reichstag den in jedem Jahre üblichen Empfang der Reichsregierung. Der Empfang wurde eingeleitet durch musikalische Darbietungen. Anschließend begrüßte der Vorsitzende im Plenarsaal die anwesenden Minister und richtete u. a. herliche Worte an den Reichspräsidenten Lohse, dem er zu seinem 50. Geburtstags gratulierte. Er wünschte an die Arbeitsteilung, die in der Krise zwischen Politik und Feuilleton bestehe, an und erklärte, wie er einschätzte, daß es ihn wie einen Verbündeten wieder zum Schauspiel seiner Tat ziehe, den Locarnovertrag. Vom Persönlichen zum Allgemeinen übergehend erklärte Stresemann, die Teilung zwischen Feuilleton und Politik sei im menschlichen Charakter begründet und sei die Teilung zwischen kontroversivem und impulsivem Wesen, so schiede sich auch die Politik in politische und kulturelle Aufgaben. Er wolle nicht von der inneren kulturellen Politik reden, sondern von der äußeren kulturellen Politik, die die vornehmste Aufgabe des Staates sei. Seine Bedeutung, die Verwirklichung und Mehrung der kulturellen Güter, erstrebe als höchste Form deren internationalen Verwirklichung. Deutschland habe als besondere Aufgabe den Kampf zu führen für den Schutz der deutschen Kultur im Ausland. Stresemann schloß hierbei an die Politik des Faschismus in Südtirol an und stellte fest: man könne wohl Denkmäler entfernen, aber den Geist nicht drehen. Voraussetzung sei, daß die um ihr Deutschland ringenden Minderheiten in den verschiedenen Staaten Europas das Bewußtsein haben, daß ein Mittelpunkt vorhanden sei, den mancher Staat, der Ansehen in der Welt genieße und von dem Politik und Macht ausstrahle.

Bericht des Generalagenten Parker Gilbert

Berlin, 13. Dez. Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Sr. Parker Gilbert, erstattete gestern der Reparationskommission den vom 30. 11. datierten Bericht über seine Tätigkeit während des ersten Jahres der Durchführung des Sachverständigenplanes.

In dem Bericht erklärte der Generalagent, daß die Durchführung des Sachverständigenplanes während des ersten Jahres der Erwartung entsprach. Zwei Hauptaufgaben, nämlich der Ausgleich des Reichshaushalts und die Stabilisierung der Währung wurden verwirklicht. Im Rahmen der Reparationszahlungen wurde die erste Jahreszahlung von 1000 Millionen Goldmark während des Jahres restlos geleistet. Der Zinsen- und Tilgungsdienst der deutschen Auslandsanleihe von 1924 über einen Kapitalbetrag von 800 Millionen Goldmark wird während des ersten Anleihejahres in der vorgesehenen Weise vor sich. Beständig der deutschen Währung und des deutschen Kredits lag der Bericht, daß die Wertebildigkeit der deutschen Währung während des Berichtsjahres völlig aufrecht erhalten wurde. In dem Bericht über Deutschlands Außenhandel betonte der Bericht, daß es zweifellos aufreife, daß Deutschland in die Lage versetzt werden müsse, einen Ueberfluß von Waren und Leistungen an die übrige Welt zu liefern, wenn es dem Auslande große Zahlungen leisten solle. Im letzten Abschnitt äußert sich der Generalagent dahin, daß der Weg, der zur Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftslebens führt, noch nicht ganz zurückgelegt sei. Man dürfe jedoch nicht die Fortschritte verpassen, die unter dem Sachverständigenplan gemacht wurden. Was die Reparationszahlungen anlangt, so ermöglichte der Plan die regelmäßigen Leistungen von Zahlungen und Lieferungen an die Gläubigerstaaten. Die alliierten Mächte, die deutsche Regierung und alle die verschiedenen Stellen, die mit der Durchführung des Planes zu tun haben, taten sich zusammen, um ihn in dem Geiste durchzuführen, in dem er entworfen war.

Niederlegung des Locarno-Dokuments in Genf

Genf, 12. Dez. Im Generalsekretariat des Völkerbundes ist das Original des in London unterzeichneten Vertrages von Locarno zur Registrierung niedergelegt worden.

Aber während ein Hugenberg mit diktatorischer Geste den preußischen Staat zur Stützung seiner bankrotten Landbank auffordert, während man für einen Reunionsminister Pension und für die abgedankten Hohenzollern Millionen übrig hat, sollen die Arbeitslosen weiter dem Elend preisgegeben bleiben. Die zugedachte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 20 Proz. reicht kaum dazu, einen wesentlichen Teil der Erwerbslosen vor der Winterkälte zu schützen und die einmalige Zuwendung von 5 Millionen ist angeht die Summen, die man im letzten Jahre dauernd für Unternehmerrücklagen erübrigte, geradezu eine Provokation. Volkswirtschaftlich ist aber, daß selbst diejenigen Teile der bürgerlichen Parteien, die sonst Anspruch auf soziale Gesinnung erheben, das nicht erkennen.

Diese Parteien sind eben von dem Spatzfimmel befangen, der von Dutzenden von Unternehmervereinigungen durch dauernde Proteste gegen die sozialen Kosten und gegen die Steuern großgezogen wurde. Ist es aber noch Ersparnis, wenn man mit der Arbeitskraft des Volkes Raubbau treibt? Sind wirklich keine Mittel mehr verfügbar, die im Notfall noch herangezogen werden können?

Die letzte Frage muß nach allem, was bisher über die Steuerleistung des Volkes bekannt ist, unbedingt bejaht werden. Man weiß, daß große Teile der Landwirtschaft überhaupt keine Einkommensteuer zahlen. Ermerlich sind noch die großen Steuerstände bei dem Konzern Erben und bei dem Erbübertrag der Stinnesunternehmungen an die Rechtsnachfolger. Gerade jetzt, wo die bürgerlichen Parteien dauernd nach dem Steuerabbau schreien, wäre es höchste Zeit, die von der Sozialdemokratie schon seit langem aufgestellte Forderung nach einer objektiven Nachprüfung der Steuerleistungen durch Offenlegung der Steuerlisten zu ermöglichen. Sie allein kann darüber Auskunft geben, ob die angebliche Steuerüberlastung des Volkes überhaupt vorhanden ist, ob nicht hier noch uner schöpfte Möglichkeiten für die Einnahmen des Reiches liegen. Solange hier keine Klarheit geschaffen ist, solange hat auch das Bürgertum kein Recht, sich über die berechtigten Ansprüche der Erwerbslosen hinwegzusetzen und die ohne ihre Schuld brachgelegte Arbeitskraft verelenden zu lassen. Schon steigt die Erbitterung und die Sorge in den Arbeiterhaushaltungen. Wie warnen davor, sie durch soziale Verständlosigkeit auf die Spitze zu treiben.

Fehnmord-Prozess Grüte-Lehder

Schwer beschuldigte völkische Abgeordnete
Berlin, 12. Dez. (Eig. Bericht.) Der am Freitag vor dem Landgericht 3 in Berlin eröffnete Fehnmordprozess gegen den 19-jährigen Grüte-Lehder entrollt — unter dem peinlichen Stillschweigen der Rechtsprelle — ein düsteres Bild von der Entartung der sogenannten völkischen Jugend und deren Hintermännern in der Schwarzen Reichswehr bzw. deutschvölkischen Freiheitspartei. Ein taum der Schule erwachsenes Vorkämpfer gerät in den Bann einer „Aktivengruppe“, die von einem Hochstapler, Urkundenfälscher und „Abtunten“ des Kapitän Erbhardt, namens Heins Dammers alias Oberleutnant Müller, geführt wird. Die hohe Aufgabe der Gruppe ist, den sozialdemokratischen Minister Severing über den Haufen zu werfen. Der junge Mann und sein Führer Heins Dammers treten also in Briefwechsel mit den Führern der Rechtsorganisationen und mit den Rätebauern über. Das bei dieser Gelegenheit zusammengekehrte Geld wird jedoch nicht für den „höheren Zweck“ verwendet, sondern in Kaschemmen mit Dinnen verjubelt. Schließlich macht sich Heins Dammers durch seine dunklen Beziehungen zu der Berliner politischen Verbrechermilieu als Spindel verdächtig und Grüte-Lehder erhält von dem deutschvölkischen Reichstagsabgeordneten Oberleutnant Ahlemann den Auftrag, dem Dammers auf der Spur zu bleiben. Im Laufe seiner Ueberwachungstätigkeit erhält er zwei Bestätigungsschreiben als Ausweis von den deutschvölkischen Abgeordneten Wulle und Kube. Aus dem Verhalten der beiden Abgeordneten glaubte Grüte-Lehder den Auftrag zur Beseitigung des Heins Dammers herauslesen zu können. In seiner Aussage behauptet er, das die beiden zu ihm gesagt haben: „Es muß unbedingt etwas geschehen. Solche Leute müssen beseitigt werden!“ Darauf schritt Grüte-Lehder zur Ermordung seines ehemaligen Gruppenführers, den er im Tegeler Forst erschoss und austraupte. „Dann ging ich zum Abg. Wulle“, erzählte der Angeklagte weiter, „ich sagte ihm: Dammers kommt nicht mehr.“ „Dann ist's gut“, erwiderte Wulle und gab mir den Ausweis für Borromern.“

Auf die Frage des Vorsitzenden, warum Grüte-Lehder diese höchst wichtigen Angaben nicht bei der Voruntersuchung gemacht habe, erwiderte er, es sei ihm darum zu tun gewesen, die Abgeordneten durch seine Aussagen zu überraschen, damit sie sich nicht herauswackeln und hinterweilte falsche Aussagen aufmarschieren lassen. Man scheint also auch in völkischen Kreisen den Gebrauch von falschen Zeugen als ein zu einem höheren Zweck höchst dienliches Mittel zu halten. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob das zweite Ausweisschreiben nach der Tat ausgestellt worden sei, in Kenntnis der Tat und in der Absicht, sie weiterhin für die Abgeordneten arbeiten zu lassen, antwortete der Angeklagte mit „Ja wohl“. Die Zeugenvernehmung verläuft weitestgehend durch die Anhörung des Angeklagten entrollte Bild. Der ermordete Heins Dammers wird als mehrfacher Sittlichkeitsverbrecher, Urkundenfälscher und ausgeschalteter politischer Spindel geschilbert. Auf der einen Seite suchte er ständig Verbindung mit der kommunistischen Partei, auf der anderen aber arbeitete er zur Beschaffung „nationaler“ Gelder mit angeblichen „Handschreiben aus Doorn“. Ein Zeuge, der durch ein von der Hauptverhandlung abgetrenntes Diebstahlverfahren belastete Henri Böttcher, tritt in der Uniform einer „nationalen Wache“ und Schützengesellschaft mit Koppel und Seitengewehr vor das Gericht. Er gesteht, den Revolver besorgt und die Sachen des Toten dem Mörder gestohlen zu haben. Ähnliche Taten wie dieser Böttcher taten sich in der Zeugenvernehmung nacheinander an, lauter 17- bis 24-jährige Jungen aus der Deutschnationalen und der Deutschvölkischen Freiheitspartei.

Ein Verfahren gegen Wulle und Kube?

Wie das „Berl. Tageblatt“ erfahren haben will, beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft mit den sensationellen Aussagen des Grüte-Lehder gegen die Abgeordneten Wulle und Kube und gegen den Oberleutnant Ahlemann, der früher ebenfalls der deutschvölkischen Reichstagsfraktion angehört hat.

Deutscher Reichstag

Die Erwerbslosenfrage um 20 Prozent erhöht — Die sozialdemokratischen und kommunistischen Verbesserungsanträge abgelehnt — Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrages

Der Reichstag sahte am Samstag Beschluß über die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Der soziale Ausschuß des Reichstags hatte beschlossen, die Sätze für die Hauptunterstützten um 30 Prozent zu erhöhen. Der Hauptauschuß hatte nach Einspruch der Regierung die Erhöhung auf 20 Prozent ermäßigt. In der Plenarsitzung des Reichstags beantragten die Sozialdemokraten, den Satz für die Hauptunterstützten um 50 Prozent zu erhöhen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Reichstag beschloß dann:

Die Sätze für die Hauptunterstützten werden um 20 Prozent, die Familienzuschläge um 10 Prozent, die Spitzenbeträge um 10 Prozent erhöht.

Für einmalige Hilfe an Ausgesteuerte und nicht-versicherungspflichtige Angestellte werden der Wohlfahrtspflege 5 Millionen überwiesen.

Nach der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags stimmte die sozialdemokratische Fraktion den Beschlüssen des Hauptauschusses zu.

Der Kampf um eine menschenwürdige Unterstüttung der Erwerbslosen ist damit nicht beendet. In dem Vorschlag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für ein fünfjähriges Regierungsprogramm steht auch die Forderung zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Reichstag läßt nicht darauf schließen, daß sie bereit seien, den Vorschlag der Sozialdemokraten — über den verhandelt werden soll, aber noch nicht verhandelt wird — anzunehmen. Dann aber wird die Sozialdemokratie ihren Kampf für die Arbeitslosen in der Opposition führen!

Sitzungsbericht

Berlin, 12. Dezember.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der deutsch-russischen Verträge vom 12. Oktober 1925.

Abg. Dr. v. Freytag-Beringhagen (D.N.L.) stimmt den Verträgen zu und betont, seine Freunde hätten sich immer für ein gutes Verhältnis zu Rußland ausgesprochen. Manches Bedenken seien gegen das Rechtshilfsabkommen zu erheben, aber immerhin werde die Stellung der Deutschen dem vertragslosen Zustand gegenüber verbessert.

Abg. Dr. Saas (Dem.) begrüßt den Abschluß der Verträge als erste praktische Durchführung des Rapallovertrages. Abg. v. Graefe (Völk.) lehnt die Vorlage ab, weil er der Meinung ist, daß der deutsche Ehrenstandpunkt darin nicht gewahrt sei. Gute wirtschaftliche Beziehungen wollten auch die Völkischen zu Rußland aufrecht erhalten.

Abg. Baum (D.Vp.) betont, auch nach dem Abschluß der vorliegenden Verträge habe der deutsche Kaufmann in Rußland nicht die Rechtsgarantien, die ihm in anderen Ländern gesichert sind. Trotz aller Bedenken seien aber die Verträge aus politischen Gründen zu begrüßen, denn Deutschland und Rußland seien aufeinander angewiesen.

Abg. Dr. Bredt (Christl. Vog.) weist auf das besondere staatsmonopolistische Wirtschaftssystem hin, das Rußland beim Vertragsabschluß eine weit härtere Stellung voraussetzte als Deutschland. Dieses System führe auch dazu, daß das Vertragsverhältnis nur der deutschen Großindustrie, nicht aber dem deutschen Mittelstande Vorteile bringe.

Abg. Kausch (Bauer. V.) erklärt, die Verträge hätten die schlimmsten Befürchtungen der deutschen Wirtschaft bestätigt. Rußland habe durch sein Außenhandelsmonopol und seine Handelsdelegation einen großen Vorprung. Die deutsche Regierung sollte das ausgleichen, indem sie auch der deutschen Wirtschaft in Moskau eine solche Handelsdelegation anleihere. Aus politischen Gründen werde man die Verträge annehmen müssen.

Die deutsch-russischen Verträge werden hierauf in zweiter und dritter Beratung mit großer Mehrheit endgültig angenommen. Es folgt die

Beratung der Verträge zur Erwerbslosenfürsorge.

Der Haushaltsausschuß beantragt eine Erhöhung der Unterstützungssätze der Hauptunterstützungsempfänger um 20 Prozent und der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen um 10 Prozent. Die Höchstgrenzen für eine Familienunterstützung sollen um 10 Proz. erhöht werden.

Abg. Treßing (Zent.) tritt als Berichterstatter für den Auswahlantrag ein.

Abg. Aufhäuser (Sos.)

macht die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung und der Industriearbeiter verantwortlich für die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die Steigerung der Arbeitslosigkeit. Die längst notwendige Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung sei planmäßig verschleppt worden. Von vielen Arbeitgebern werde die Krise dazu benutzt, um mit dem Druckmittel der Entlassung die Angestellten zur Anerkennung verschlechterter Arbeitsbedingungen zu zwingen. In einen Abbau der übermäßig hoch bezahlten Direktoren werde in der Wirtschaft nicht gedacht. Der Reicher wirft dann der Regierung vor, daß sie die parlamentarische Arbeit bei der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung durch ihr Verhalten verzögert habe. Er bedauerte, das unter dem Druck der Regierung der Haushaltsausschuß hinter dem weitergehenden Antrag des sozialpolitischen Ausschusses zurückgeblieben sei. Dr. Luitzer habe sich als Vorkämpfer des antisozialen Unternehmertums betätigt. Die Arbeiterfrage werde sich mit dem jetzt gewährten Almosen nicht begnügen. Dr. Luitzer habe zwar für die Masse der arbeitslosen Erwerbslosen nichts übrig, wohl aber für den arbeitslos gewordenen Minister Schiele. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Haedel (R.) begründet einen Antrag seiner Fraktion auf sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 100 Proz. und Aufhebung der Karenzzeit.

Abg. Koch-Büßendorf (D.N.L.) erklärt zu einer Bemerkung des Abg. Aufhäuser über die Pension des früheren Ministers Schiele, der Abg. Schiele habe in einem Brief an die Fraktion erklärt, er wolle nicht besser gestellt werden, als nach der zu erwartenden gesetzlichen Regelung der Rubengebälter der Minister allgemein festgesetzt würden. Minister Schiele habe weiter mitgeteilt, daß er seine Ministerpension den Arbeitslosen zur Verfügung stelle. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die nationalliberale Fraktion werde die unverzügliche Vorlegung eines Gesetzentwurfes beantragen, der die Rubengebälter der Minister den jetzigen Verhältnissen entsprechend regelt. Weiter soll eine Denkschrift über die seit der Staatsumwälzung bezahlten Minister-Rubengebälter vorgelegt werden. Der Redner tritt für den Auswahlantrag ein, der zwar nicht alle Wünsche erfüllt, aber doch den Erwerbslosen vor Weihnachten eine Besserstellung bringe.

Abg. Andre (Z.) bezeichnet eine wesentliche Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung als wünschenswert. Die mäßige Finanzlage des Reiches und die starke Belastung der Wirtschaft und der Arbeiter mache es aber leider unmöglich, über die jetzt vom Ausschuß beantragten Sätze hinauszugehen. Die Wirtschaftslage sei zwar unglücklich, aber doch nicht so katastrophal, wie sie von mancher Seite hingestellt werde. Es sei zu verurteilen, wenn jetzt in einem Rundschreiben von Unternehmern zur planmäßigen Stilllegung der Betriebe aufgefordert werde. Die Wirtschaft habe vielmehr die Pflicht, ihre Arbeitskräfte möglichst lange vor der Erwerbslosigkeit zu bewahren. Der Redner weist dann die Angriffe des Abg. Aufhäuser gegen die Sozialpolitik der Regierung zurück. Das Zentrum habe der Sozialvorlage zugestimmt, um der Wirtschaft zu dienen.

Abg. Joesler (D.) beklagt die Ablehnung der weitergehenden demokratischen Anträge im Ausschuß. Eine gesetzliche Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge sei notwendig, aber sie müsse in der Form erfolgen, daß die Leistung dafür nicht einzelnen Schichten, sondern der Volksgemeinschaft auferlegt werde.

Abg. Seier (B.Vg.) besweifelt, daß es möglich sein werde, sämtliche Arbeitslosen am Ende der jetzigen Reinigungsphase wieder in Arbeit zu bringen, denn die Wirkung der Krise sei doch eine Verminderung der Betriebe. Die Regierung habe eine schwere Schuld auf sich geladen, als sie die für die Erwerbslosenfürsorge einzustellenden Mittel teilweise für andere Zwecke ausgab.

Abg. Schwabe (D.Vp.) tritt für Annahme des Auswahlantrages ein. Die fürstliche Kollage der Erwerbslosen solle nicht durch unerfüllbare Anträge parteipolitisch ausgenutzt werden.

Abg. Schöke (R.) hält an dem Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses fest, der die Unterstützungssätze um 30 Proz. erhöhen wolle.

Abg. Wittmann (S.) weist den Vorwurf zurück, daß die Sozialdemokraten Agitationsanträge gestellt hätten. Wenn die alljährlich unzureichenden Sätze des Regierungsvorschlages mit den geringen Reichsmitteln herbeizubringen, so müsse man daran erinnern, daß die geringen Reichsmittel niemals ein Hindernis gewesen sind, wenn es galt, Großindustrie und Großlandwirtschaft zu fördern.

Damit endet die Aussprache. Unter Ablehnung aller sozialdemokratischen und kommunistischen Verbesserungsanträge wird der Antrag des Haushaltsausschusses gegen die Kommunisten und Völkischen angenommen.

Abg. Hoff (Sos.) gab während der Abstimmung eine Erklärung ab, wonach die Sozialdemokratische Fraktion nach Ablehnung ihrer Verbesserungsanträge für den Antrag des Haushaltsausschusses stimme, um den Erwerbslosen wenigstens einige Hilfe zu gewähren, obwohl sie nach wie vor die Sätze dieses Antrages für ganz unzureichend halte.

Abg. Haedel (R.) erklärt, seine Fraktion habe sich vergeblich bemüht, den Erwerbslosen Hilfe zu bringen. Sie müsse ihren ablehnenden Standpunkt gegen den Auswahlantrag aufrecht erhalten, weil dieser Antrag nur eine Verhöhnung der Erwerbslosen bedeute.

Um 1/2 Uhr vertagte sich das Haus auf Montag nachmittags 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Anträge auf Aufhebung der Semestereisdungen.

Erhöhung der Lohnsteuer

Berlin, 13. Dez. Der Steuerausschuß des Reichstags beschloß gestern, den steuerfreien Lohnbetrag der Kinderermäßigungen zu erhöhen. Vom Arbeitslohn bleiben für den Arbeitnehmer 1200 RM. jährlich vom Steuerabzug frei, und zwar 720 RM. als steuerfreier Lohnbetrag, 240 RM. zur Abgeltung der Werbungskosten, 240 RM. zur Abgeltung von Sonderleistungen. Zur Anleiherung an die sich aus der Geltung der Lohnsteuer ergebenden Veränderungen wird das Einkommensteuergesetz vom 10. August im § 50 dahin geändert, daß die Einkommensteuer nicht festgesetzt wird, wenn die Einkommen der Steuerpflichtigen weniger als 300 RM. im Jahre betragen. Der Betrag von 1200 RM. erhöht sich für die zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Ehefrau und für seine Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder um folgende Beträge: 1. für die Ehefrau um 100 RM.; 2. für das erste Kind um 100 RM.; 3. für das zweite Kind um 180 RM.; für das dritte Kind um 360 RM.; 5. für das vierte Kind um 540 RM.; für das fünfte und jedes folgende Kind um je 720 RM.

Der Schrei nach der Friedensmiete und die Lockerung des Mieterfußes

In Hausbesitzerkreisen setzt man alle Mittel in Bewegung, um möglichst bald in den Genuß der Friedensmiete zu kommen. Befanlich hat sich die Reichsregierung im Sommer dafür eingesetzt, die Länder bis zum 1. April 1926 zur Einführung der vollen Friedensmiete zu zwingen. Wie sie diesen Zwang angeht, die Gestalt einer unserer Wirtschaftslage und der steigenden Not der Massen durchzuführen will, bleibt vorläufig ihr Geheimnis. Jedenfalls hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veranlaßt gefühlt, die neu geplante Belastung der Massen nach Möglichkeit abzuwenden. Sie hat den Antrag gestellt, die Zwangsverordnung über die Erreichung der Friedensmiete bis zum 1. April 1926 aufzuheben. Sie soll durch eine Bestimmung ersetzt werden, nach der bis zum 1. April 1927 die Miete den Friedensstand nicht übersteigen darf. Für den Fall der Ablehnung steht der Antrag vor, daß der Termin zur Erreichung der Friedensmiete vom 1. April 1926 auf den 1. April 1927 verschoben wird.

Der Reichstag wird sich auch bald mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Mieterfußes beschäftigen. Der Entwurf sieht u. a. vor, daß insbesondere für Geschäftsräume die Pflicht zur Beschaffung eines Erbschaftsmes bei Käufern nur in besonderen Fällen und durch das öffentliche Interesse begründeten Fällen weiter bestehen bleiben soll. Für die Rückzahl der Mietsaufschubentsurteile soll diese Pflicht überhaupt ausgeschlossen werden. Für einen wesentlichen Teil der Untermietersverhältnisse will der Entwurf die freie Kündigung wieder einführen. Die Bestimmung einer Käufernfrist bleibt aber zur Vermeidung von Härten bestehen.

In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Vorschriften über die gerichtliche Aufhebung von Mietsverhältnissen nicht mehr den augenblicklichen Verhältnissen entsprechen. Weiter wird betont, daß die Vorschriften über Auf-

bedingung eines Mietverhältnisses wegen Zahlungsverzug des Mieters bis jetzt die Möglichkeit bieten, möglichst lange den Mietszins vorzuschießen und unberechtigte Abzüge zu machen. Schließlich wird darauf hingewiesen, daß die Pflicht zur Schaffung eines Ersatzraumes für den Vermieter in manchen Fällen eine Härte bedeutet.

Die bürgerlichen Parteien sind samt und sonders Freunde dieser Absichten. Wenn diese durchdringen, so kann sich das Volk bei diesen bedanken, denn es hat diesen Reichstag zusammengewählt.

Volkswohl vor Einzelwohl

„Das Land ist den Fürsten nichts schuldig, die Fürsten dem Land aber alles.“ (Scheidemann in seiner Reichstagsrede vom 2. Dezember 1925.)

In der geradezu katastrophalen Wirtschaftslage, in der sich heute das deutsche Volk befindet, treten die Höhenjollern auf den Plan, um von diesem ausgelegenen, von ungeheuren Lasten erdrückten und von schweren Wirtschaftskämpfen durchzudrängten Volkstörper Leistungen in Goldmillionen und Landbesitz zu fordern, die man mit vollem Recht als phantastisch bezeichnen kann. Solches geschieht in einer Zeit, in der die Zahl der Erwerbslosen von Tag zu Tag beängstigend steigt und die Regierenden des Reichstags die Verantwortung für die Lage des Landes auf sich laden wollen. „Wehe den Staatsmännern, die die Zeiten ihrer Zeit nicht begreifen.“ Fürwahr, wer in solchen Augenblicken tieferer Not steht, kommt, um aus dem schwergeprüften Volke Unsummen von Millionen Mark herauszupressen, der liebt dieses Volk nicht und hat es wohl auch nie geliebt.

Es ist das unbestrittene Verdienst der sozialdemokratischen Partei, bereits am 4. Mai 1923 durch einen Antrag Müller-Franken im Reichstag die Forderung erhoben zu haben, daß die Fürstenabfindung durch ein allgemeines Reichsgesetz geregelt wird; dieser Antrag kam damals nicht zur Beratung, da der Reichstag auseinanderging. Nunmehr hat sich der Reichstag auf Grund eines demokratischen Antrags wieder mit dieser Frage zu beschäftigen, wobei die Sozialdemokraten sogar einen Volksentscheid in Erwägung ziehen. Zunächst muß einmal ganz entschieden mit der bisher geübten Abfindungsmethode, auf prozessualen oder Vergleichswege eine Regelung herbeizuführen, aufgegeben werden, denn erstens ist dieser Weg aus weiter unten dargelegten Gründen überhaupt nicht gangbar, und zweitens hat die Erfahrung dabei gelehrt, daß die deutschen Einzelstaaten auf diese Weise einem finanziellen Ruin entgegenzueilen. So hat man — um nur einige Beispiele anzuführen — den Kronprinzen Rupprecht von Bayern — der übrigens außerordentlich großzügig abgefunden wurde — mit einer Summe von 60 Millionen Goldmark, acht Schloßern von bedeutendem Wert mit großem Grundbesitz an Forsten und Ackerland bedacht. Nicht minder gut ist es dem früheren Herzog von Braunschweig ergangen, der eine jährliche Rente von 75000 Mark erhält und außerdem Lands, Forst- und Grundbesitz von insgesamt 55000 Morgen. Am besten hat das badische Land abgefunden: die ehemalige badische Dynastie erhielt als Abfindung 15000 Morgen Land und Wald, mehrere Schlösser und außerdem bezieht die großherzogliche Familie eine Rente aus den Zinsen von 8 Millionen Mark. Nicht unerwähnt soll die Tatsache bleiben, daß der preussische Staat in Sachen Atomm-Kronprinz, Al. Glienicke, und Dels nicht nur überaus schlecht abgefunden hat, sondern er konnte außerdem die recht stattliche Summe von circa 1,5 Millionen Mark Prozeßkosten als Ergebnis buchen. Wohin soll das führen!

Die ordentlichen Gerichte haben nun bei ihren Entscheidungen die Ansprüche der ehemaligen Fürsthäuser aus formaljuristischen Gründen anerkannt, wobei hier etwa die Frage, wie weit gefühlsmäßige Erwägungen gegenüber den Dynastien eine Rolle gespielt haben, außer Betracht gelassen werden soll. Sehen wir uns diese formaljuristischen Gründe einmal näher an! Prinzipiell dreht es sich bei dem Streit mit den früheren Dynastien nicht etwa um die Höhe der Abfindungssummen, vielmehr ist die entscheidende Frage, um die es sich handelt, die: Haben die Fürsten nach bürgerlich-rechtlichen Grundgesetzen ein Anrecht auf die von ihnen geltend gemachten Forderungen? Diese Frage ist — um es gleich vorweg zu nehmen — glatt zu verneinen und zwar findet diese Regierung ihren Grund in folgender Überlegung:

Die fruchtigen Besitztümer sind zum allergrößten Teile schon vor dem Jahre 1848 in das Eigentum der Landesherren übergegangen, d. h. zu einem Zeitpunkt, in welchem die deutschen Fürsten an irgendwelche Rechte bezw. Verfügungsprivilegien nicht gebunden waren, befinden wir uns doch zur Zeit des Erwerbs in der Ära des „absoluten Königtums“. Schließlich ist sich doch wohl auch der „kräftige Monarchist“ darüber im klaren, daß alle die großen Vermögensobjekte an Schlössern und Forsten durch nichts anderes als durch reine Gewalt in den Besitz derer gelangt sind, die sie heute beanspruchen. Hat also der Eigentümererwerb nicht nach den Grundgesetzen sich also der Eigentümergehörigkeit nicht nach den bürgerlich-rechtlichen Objekten vollzogen, so ist es doch wohl ohne weiteres klar, daß auch über eine eventuelle Befreiung solcher Besitztümer die bürgerliche Rechtsordnung nicht zu entscheiden hat. Hieraus folgert mit aller Deutlichkeit, daß die Frage der Fürstenabfindung nie und nimmer eine Rechtsfrage sein kann, sondern nur politisch, mit andern Worten durch die gesetzgebenden Körperschaften ihre Lösung finden kann.

Es ist daher die Aufgabe der berufenen Vertreter des deutschen Volkes, durch ihr Wort die Abfindungsfrage der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte zu entziehen und mit allem Nachdruck dafür Sorge zu tragen, daß auch die entthronten Fürsten die verdammte Pflicht und Schuldigkeit haben, an den ungeheuren Lasten und nicht minder schweren wirtschaftlichen Folgen des verlorenen Krieges genau so teilzunehmen wie jeder andere deutsche Staatsbürger; es geht nicht an, daß durch die bisher geübte Prozeß- und Vergleichsmethode eine privi-

legierte Klasse von Millionären und Großgrundbesitzern auf Kosten und unter brutaler Ausbeutung des Volkes geschaffen wird, denn Volkswohl geht vor Einzelwohl!

Aus dem Freistaat Baden
Das „berechtigte Interesse“ des politischen Redakteurs

Das Amtsgericht Meßkirch hatte vor kurzem in einer Klagesache zu entscheiden, die der dort ansässige Zentrums-Redakteur Dr. Hans Pfeiffer, ein extrem eingestellter Herr, der es insbesondere auf die Sozialdemokratie abgesehen hat, gegen den politischen Verantwortlichen unseres „Volkswillens“ in Singen a. S., Gen. Schildbach, wegen Verleumdung durch die Presse anstrengt hatte. Das Gericht kam zur Beurteilung des Schicksals auf einer kleinen Geldrate, indem es ihm den Schadensersatz des § 193 R. St. G. B. (Strafrecht wegen Verleumdung) verweigerte, da — wie es in der Urteilsbegründung heißt — eine Verleumdung nur dann vorliegt, wenn der Täter persönlich nahe angehende Angelegenheiten handelt; die journalistische Polemik Dr. Pfeiffers sei jedoch keine den Angehörigen persönlich nahe Angelegenheit gewesen, habe vielmehr jeden anderen Staatsbürger ebenso wie ihn berührt.

Gegen diese gefühlsvolle, sich lediglich im luftleeren Raum der Gedankenwelt des Grünen Tisch-Juristen bewegende Rechtskonstruktion wendet sich mit Recht unser Singener „Volkswille“. Er weist auf die schweren Nachteile hin, die Dr. Hans Pfeiffer im Reichstages-Zentrumsblatt ganz ausdrücklich und eindeutig gegen den „Volkswillen“ und seine Redakteure selbst gerichtet hat, weiterhin gegen die Sozialdemokratische Partei, deren Interessen der sozialistische Redakteur doch wohl wahrzunehmen berechtigt sei. Zudem geböre dem Redakteur Schildbach dem Landesauschuss der Sozialdemokratischen Partei an, wobei noch nicht einmal in Berücksichtigung des Umstandes, daß er ein Jahrzehnt sozialdemokratischer Stadtrat, verordneter und Landtagsabgeordneter ist. Dann fährt der „Volkswille“ aber, unabweisbare persönliche Beziehungen und große politische Momente zur Entlastung Schildbachs heranziehend, also fort:

„Sind die oben erwähnten keine durchschlagenden Gründe für die Zulassung des § 193, so bleibt noch einer, der die ganze Urteilsbegründung anstandslos über den Haufen rennen muß, weil dieses Argument in der Urteilsbegründung selbst dem Angeklagten in die Hand gegeben wurde. Es heißt in der Urteilsbegründung, die Pfeiffersche Politik sei nicht nur als Redakteur und als Parteimann, sondern in besonderer Weise auch als Privatmann. Die von Dr. Pfeiffer betriebene sogenannte föderalistische Politik, die der separatistischen Rheinland-Bewegung zum Verwechseln ähnlich ist, die eine Donau-Union zum Ziele hat, die, im Einklang mit den französischen Chauvinisten, den Wirtschaftsentwicklungen in Frankreich, Belgien, Dänemark und Österreich an Deutschland zu hinterzuziehen sucht und bestrebt, das die Positionen des Rheinlandes zu behaupten nicht erlaubt ist — diese Politik hat dem Reich die unendlich schädlichen und dem Deutschen die Erhaltung der Rheinlande gekostet. Im Kampf um die Erhaltung der Rheinlande, in der Abwehr gegen die Positionen-Bestrebungen, verlor Genosse Schildbach seine Existenz, sah über vier Monate im Gefängnis auszusitzen. Ist das nicht auch eine besondere persönliche Angelegenheit, handelt er nicht auch in „Rührung berechtigter Interessen“, wenn er, der den Schaden der Pfeifferschen Politik sehr fühlbar am eigenen Leibe erfährt, diese Politik nachdrücklich bekämpft? Da Genosse Schildbach bei der Verhandlung nicht anwesend sein konnte, wollen wir dem Gericht in Meßkirch seinen Vorwurf machen, weil es wahrscheinlich gerade diesen Umstand nicht kannte. Aber in der Berufungsinstanz wird diese Sachlage wohl gemüßigt werden müssen, und wir zweifeln nicht, daß mindestens eine glatte Freisprechung erfolgen wird.“

Wenn die Privatklage Dr. Hans Pfeiffer gegen den „Volkswillen“ nur das eine Gute gebracht hätte, daß sie die höchst verwerfliche Außenpolitik eines dem Zentrum zugehörigen Parteimitglieds weiteren Kreisen bekannt machte, so hätte sie bereits ihre Wirkung getan. Die Sache kommt jetzt an die Berufungsinstanz, vermutlich das Oberlandesgericht in Karlsruhe. Der Angeklagte Schildbach wird auf dem einen oder anderen Wege die Pfeifferschen Treiben im Reichstages-Zentrumsblatt dabei einen stärkeren Nachdruck in die Öffentlichkeit vor Augen zu führen, wie in Wirklichkeit die Herrschaften ausgeben, die der Sozialdemokratie und noch schlimmeres Kriegspolitiker Berat am Vaterland und noch schlimmeres Vorwerfen. Es wird dann auch abzuwarten sein, ob auch dieses Gericht dem § 193 des Reichsstrafgesetzbuches den gemäßigten beschränkten Geltungsbereich zuweist, wie es dem Amtsgericht Meßkirch befohlen.

Badischer Landes-Fischer-Verein

Der Badische Landes-Fischer-Verein hielt am 6. Dez. unter Leitung des ersten Vorsitzenden, Ministerialdirektor Deers-Karlsruhe seine erste Landesversammlung in Tauberhölzheim ab. Er überreichte dem zweiten Vorsitzenden Ueberleber die Anerkennung der Leistungen seines Landes-Fischer-Vereins verliehene bronzene Medaille. Der Geschäftsführer des Landesvereins, Regierungsrat Dr. Koch-Karlsruhe referierte über „Die Badische Fischer-Organisation und die Wege ihrer weiteren Verbesserung“. Die ganze Fischer-Organisation müßte eine große Genossenschafts-Organisation werden, so wie sie schon von den Entdeckern der künstlichen Fischzucht vor 75 Jahren erhofft worden sei. Ein vorbereitender Ausschuss, bestehend aus Prinz Löwenstein, Bonnbad, Bürgermeister Diebold-Tauberhölzheim und Fabrikbesitzer Weith-Mannheim soll die Vorarbeiten für die Bildung des Landesvereins in die Hand nehmen, dafür die Bildung des Landesvereins in die Hand nehmen, dafür diese nach der Hauptversammlung im Frühjahr 1926 erfüllen kann. Zum Schluss hielt Fischmeister Dr. Buschke einen Vortrag über Forellenzucht in Bächen und Teichen.

Folgeeinrichtungen. In den letzten Jahren sind unter der Leitung der Wasser- und Straßenbauverwaltung in zahlreichen Gemeinden des ganzen Landes Meliorationen, insbesondere auf Gemeinde- (Ent- und Bewässerungen, Einbauten, Ausstülpungen usw.) durchgeführt worden. Um das meliorierte Gelände dauernd einer besseren Bewirtschaftung (Folgeeinrichtung) auszuführen, wurde im vorigen Jahre die Danndabehier für im abgeänderten Wasserrecht (Bodenverbesserung) geschaffen. Solche Folgeeinrichtungen, die einen erheblichen und besseren Ertrag auf den Grundstücken herbeiführen, sind zur Zeit im Regenweilertal, in Reilingen, Schwet-

singen, Graden, Mörz, Teutschneureut, Binnigen, Neubausen, Aßfadt, Forst, Weinheim, Rheinbausen, Oberbausen und Aßfadt im Gange. Mehrere andere Gemeinden haben die Durchführung dieser dringenden Maßnahmen beschlossen. Die Badische Landwirtschaftskammer stellt nicht nur hierfür die Maschinen zur Verfügung, sondern es ist ihr auch im allgemeinen die Leitung und die Beaufichtigung dieser Arbeiten vom Finanzministerium übertragen worden.

Kleine badische Chronik

Kielingen (bei Karlsruhe). Hier ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Die Gefahrenzone umfaßt alle Gemeinden des 15 Kilometer-Umfreises.

Gröningen, 12. Dez. Heute nachmittags 1 Uhr brach in dem Anwesen des Heinrich Müller, Württemberg, Feuer aus. Durch das rasche Eingreifen der Feuerswehr konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt und größerer Gebäudeschaden verhindert werden. Der Eigentümer ist versichert.

Wiesloch. Am 3. Dezember wurde das Konkursverfahren über das Vermögen des Tonwertes Malisch, m. b. S. eröffnet, das sich im Besitze der Familie des verstorbenen Fabrikanten Rohrunder hier befindet. Am Dienstag früh nach 7 Uhr entstand Feuer in den Büroräumen der Effizfabrik Rohrunder, wobei u. a. auch die Geschäftsbücher des Tonwertes Malisch verbrannten. Die Gendarmerie hat nunmehr den Sohn des verstorbenen Fabrikanten, Alwin Rohrunder, unter dem Verdacht der Brandstiftung verhaftet.

Mannheim. In der vorvergangenen Nacht überschlug sich auf der Landstraße Mannheim-Sodenheim ein Personentransportwagen 4 B 02363, offenbar infolge Platzens des rechten Vorderreifens. Der Fahrer wurde unter dem Fahrzeug begraben und blieb tot liegen. Da er keine Ausweise bei sich trug, ließ sich seine Persönlichkeit bis jetzt noch nicht feststellen. — Donnerstag vormittags 11 Uhr nahm eine 33 Jahre alte Frau in ihrer Wohnung eine giftige Flüssigkeit ein. Der Grund zu dieser Tat soll in Streitigkeiten bestehen. Lebensgefahr besteht nicht.

Mannheim. Infolge Trunkenheit stürzte ein 33 Jahre alter Fuhrmann zu Boden und zog sich erhebliche Verletzungen zu.

Singen a. S. Donnerstag nacht wurde in der hiesigen Bahnhofsbehandlung eingedrohen und verschleppte Bürger, Kuffelbedienter usw. gestohlen. Vom Täter fehlt jede Spur.

Börsach. In der Börsachinger Straße wurde der Kassenbote der Krankenkasse Konrad Zochim, der von einem Dienstaute von Tüdingen zurückkam, bewußlos aufgefunden. Ob er einen Schlaganfall erlitt oder auf dem Glacis ausgeglitten ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Warnung vor ausländischen Lotterien. Der internationale Brämen-, Effekten-, Kredit- und Handelsverein Volkswohlfabrik sucht in Baden durch Zeitungsinsertat General-Vertreter zum Betrieb holländischer Brämenlose. Das Badische Landespolizeiamt in Karlsruhe macht darauf aufmerksam, daß der Vertrieb von ausländischen Lotterien, sowie das Spielen in solchen Lotterien in Baden verboten und strafbar ist. Dieser „Verein“ hat sich bereits vor dem Kriege in Deutschland durch unethische Geschäftsgeschäften bemerkbar gemacht. Es wurde nie eine Ziehungsliste und noch viel weniger eine Gewinnliste herausgegeben, auch ist noch niemals ein Gewinn nach Deutschland ausgeben worden. Es wird daher vor Anknüpfung von Geschäftsverbindungen mit dem Verein „Volkswohlfabrik“ gewarnt.

Gewerkschaftliches

Eine neue Methode den Gewerkschaften in den Rücken zu fallen

Hat sich die Mannheimer sogenannte „Arbeiter-Zeitung“ ausgedacht. Sie bringt im Brustton tiefer proletarischer Empörung die Nachricht, daß die Gewerkschaftsbürokratie (eine solche gibt es bekanntlich nur bei den Amsterdamer Verbänden, in Rußland gibt es keine Bürokratie in Gewerkschaft und Partei), eine ganz niederträchtige neue Methode erdacht haben, um die Mitglieder der Organisation über die zu bauen. Der Zentralverband der Angestellten Heidelberg, der seinen Mitgliedern eine Erklärung vorlegte, in der diese bekräftigen, daß sie den Abschluß eines Tarifvertrages fordern. Natürlich nicht etwa um auf Grund dieser Erklärung einen Kampf zur Erringung eines Tarifs zu führen, sondern um den oder in diesem Fall dem Gewerkschaftsboson den nötigen Entschuldigungsgrund zu verschaffen, sofern aus dem Tarif nichts werden sollte.

Anscheinend hat da der Artikelführer, wie es öfters in kommunistischen Organen vorkommen soll, das Maß von den eigenen Schuhen genommen und nur übersehen, daß der Zentralverband der Angestellten absolut keine Entschuldigungsgründe braucht, wenn etwa durch die Laubheit der Angestellten eine Gewerkschaftsbewegung nicht den gewünschten und erwarteten Erfolg haben sollte. Jedenfalls ist der Herr A. von der „Arbeiterzeitung“ von der Praxis im heutigen Tarifkampf sehr unberührt. Sein revolutionärer Eifer läßt ihn die Aufgabe übersehen, daß viele Angestellte sich heute durch mehr oder minder deutliche Anspiegelungen seitens ihres Arbeitgebers leicht verleiten lassen, ihre Unterschrift unter ganz andere Dokumente zu setzen und damit den Gewerkschaften das Eintreten für kollektive Regelung der Arbeitsbedingungen unmöglich zu machen. In solchen Dingen vorzubeugen, wurde die angesagene Maßnahme ergriffen. Es soll den zuständigen Schlichtungsinstanzen die oft angezeigte Tatsache nachgewiesen werden, daß die Verbände im Auftrag ihrer Mitglieder und nicht auf Wunsch der angeblich nach Ruhe dürstenden Gewerkschaftsbürokratie vorgehen.

Ob Publikationen nach Art der „Arbeiter-Zeitung“ den Tarifkampf der Angestellten fördern oder dem Unternehmertum zuzugekommen, kann dem Urteil jedes normal denkenden Angestellten oder Arbeiters überlassen bleiben. Im Zentralverband der Angestellten derselben demokratische Grundhase und keinem, auch kommunistischen Kollegen, ist es verwehrt, eine Maßnahme als ungewünscht zu kritisieren. Anscheinend gehört aber der Artikelführer gar nicht der Organisation an, sondern betreibt seine Methode, den Angestellten in den Rücken zu fallen, aus von Praxis nicht beschwerter Theorie heraus. Wir können ihn daher leider nicht auffordern, mitzubegeben, damit die Gewerkschaften Kampfräume sind, so sehr dies vielleicht angesichts der vielfach anstreifenden Anfrüherer meier Kreise der Angestellten eine mühsame, wenn auch wenig dankbare Aufgabe sein mag. Rolf Reventlow, Bezirksleiter des 3. B. M.

Briefkasten der Redaktion

S. Mesenburg, „Volkswacht“ Freiburg. Die beiden letzten Tonkin-Arbeiten kommen noch. — Besten Gruß R.

Unterhaltung und Belehrung

Pelle der Eroberer

Von Martin Andersen Nexø

186

Nachdruck verboten.

(Fortsetzung)

„Eines Tages begegnete er Morten auf der Straße. Pelle reckte sich, aber in Mortens Blick lag ein starrer Ausdruck. „Warum kommst du eigentlich nie mehr zu mir hinaus?“ fragte Pelle. „Ich sehne mich oft nach dir, aber ich kann ja nicht gut von Hause fortkommen.“

„Ich habe mir eine Braut angeschafft — das nimmt einen ja ganz in Anspruch.“

„Hast du dir eine Braut angeschafft?“ fragte Pelle lebhaft.

„Ach, da ist nicht viel zu erzählen“, sagte Morten mit einem trüben Lächeln. „Sie ist so schlunzig und verkommen, daß kein anderer sie haben wollte, — da hab ich sie genommen.“

„Das siehst dir wahrhaftig ähnlich!“ Pelle lachte. „Aber allen Ernstes, wer ist das Mädchen, wo wohnt sie?“

„Wo sie wohnt?“ Morten stierte ihn einen Augenblick verständnislos an. „Ja, da hast du im Grunde recht. Wenn man weiß, wo Leute wohnen, weiß man auch gleich das Ganze. Die Polizei stellt auch immer diese Frage.“

Pelle wußte nicht, ob Morten hinterhältig sprach oder in gutem Glauben — heute war gar nicht aus ihm raus zu werden. Sein bleiches Gesicht sah gequält aus. Es lag ein wunderlicher Schimmer in den Augen. „Irgendwo muß man bei dieser Winternacht ja wohnen“, sagte er.

„Ja, da hast du recht! Und sie wohnt auf dem Gemeindeanger, wenn der Polzist sie da nicht rauschmeißt. Er ist der Bize für die Unzufriedenen, weißt du! Es ist ja neulich Volkszählung gewesen — hast du wohl beachtet, wie man dabei vorgegangen ist? Es war befohlen, daß alle anwesenden sollten, wo sie in einer bestimmten Nacht wohnen. Wurden aber den Obdachlosen auch die Volkszählungslisten vorgelesen? Nein, alle, die in Schuppen, auf dem Gemeindeanger, in Neubauten und in den verschlossenen Mistgruben der Dubsleute wohnen — die haben kein Heim und zählen folglich auch nicht mit. Das ist ganz klar eingerichtet, weißt du, sie existieren überhaupt nicht. Sonst bekäme man ja eine häßliche Zahl mit auf die Liste — die Zahl der Obdachlosen. Nur einer in der Stadt hier hat Kenntnis davon, ein Straßenmissionar; und mit dem bin ich einige Nächte ausgegangen; es ist grauenerregend, was wir da gesehen haben! Überall, wo nur ein Spalt ist, drängen sie sich hinein, um Schutz zu suchen, unter den eisernen Treppen liegen sie und frieren tot. Wir fanden so einen — einen alten Mann — und riefen einen Schutzmann herbei; der steckte seine rote Nase der Leiche gerade in den Mund und sagte: „Am Sack gestorben.“ Das steht da nun an der Stelle, wo es im Bericht heißen sollte: tothungert! Es darf ja nicht heißen, daß hier in diesem Lande jemand wirklich Not leidet, verzeihst du. Hier friert niemand, der sich rühren will; hungert jemand, so ist es seine eigene Schuld. So muß es notwendigerweise in einem der ausgelärmtesten Länder der Welt heißen, man ist zu kultiviert geworden, um die Not an seiner Seite frei dahinzugehen zu lassen; das würde die Genüsse schwächen und Einfluß auf die nächtliche Ruhe haben. Also muß man sie sich vom Leibe halten, sie abzutreiben ist ein wenig zu umständlich; aber die Polizei ist ja darauf dressiert, sie in die Ecken und Winkel hineinzujagen. Geb nach dem Tranegraben und sieh, was sie in dieser Zeit an einem einsigen Tag an Land bringen — von dir ist es ja nicht weit bis dahin! Unglücksfälle, nicht wahr! Der Boden ist ja glatt, und die Leute kommen dem Rai zu nahe! — Neulich abends brachte eine Frau in einem offenen Torweg in der Nordstraße ein Kind zur Welt bei sehr Grad Kälte. Leute, die vorüberkamen, waren empört; es sei unverantwortlich von ihr, in diesem Zustand auszugehen — sie könne sich doch zu Hause halten. Es fiel ihnen nicht ein, daß sie kein Heim hatte. Nun ja, aber dann hätte sie sich ja an die Polizei wenden können, die muß sich doch der Leute annehmen. Im Gegenteil, als wir sie in die Droßstraße legten, schrie sie voller Schrecken: „Nicht ins Entbindungshaus!“ Sie war ja schon einmal dagewesen. Sie muß einen Grund gehabt haben, dem Torweg den Vorzug zu geben — ebenso wie die anderen, die die Kanäle dem Armenhaus vorziehen.“

Morten fuhr fort, rücksichtslos, als müße er einer inwendigen Qual Luft machen. Pelle lauschte staunend diesem Ausbruch zerrissenen Schmerzes mit einem beschämten Gefühl, daß er selbst eine Bettelsticht um das Herz habe. Das Elend nahm wieder einen eigenen lebendigen, grausamen Schimmer an unter Mortens Rede.

„Warum erzählst du mir das alles, als gehöre ich zu den Oberflächlichen?“ fragte er. „Ich kenne das ja ebenso gut wie du.“

„Und dabei haben wir nicht mal ein Notjahr“, fuhr Morten fort, „es sind dies normale Zustände, wie sie die Jahreszeit immer im Gefolge hat. Gestern stahl ein armer Mann bei uns ein Brot vom Abendisch und lief damit weg; nun soll er für sein ganzes Leben abbrandmarkt werden. Mein Gott, daß er sich um so wenig zum Dieb machen wollte, sagte die Frau des Meisters — um ein Brot zu fünfunddreißig Oere. Ist das wohl zu bejahren — fürs ganze Leben abbrandmarkt um ein Weißbrot!“

„Er hungert ja“, sagte Pelle dumpf.

„Hungert? ja, natürlich hungerte er! Aber für mich ist es Wahnsinn, sage ich dir — ich fasse es nicht; und jeder andere meint, daß es so leicht zu verstehen ist. Warum ich dir das erzähle — fragst du, du weißt das alles ja selbst. — Nein, aber du weißt es doch nicht richtig, sonst müßtest du dich verrückt grübeln über den entsetzlichen Wahnsinn, daß diese beiden Worte: Brot und Verbrechen, zusammengehören können! Ist es denn nicht verrückt, daß die beiden Enden sich gegeneinander biegen und den Ring um ein Menschenleben schließen sollen? Daß man überhaupt Brot stehlen kann — Brot, verzeihst du? Das sollte gar nicht gestohlen werden, was hat das mit Diebstahl zu tun, daß sich einer satt isst? — Des Morgens lange vor sechs sammeln sich die Armen

draußen vor unserem Laden an und stehen aufgereiht da, um zuerst zu dem alten Brot zu gelangen, das zum halben Preis verkauft wird. Die Polizei ordnet sie in Reihen, so wie an der Billettkasse im Theater, und einige kommen schon um vier und stehen zwei Stunden in der Kälte, um ihren Platz zu behaupten. Aber außer denen, die kaufen, finden sich immer eine Menge noch Armerer ein; sie haben nichts, wofür sie kaufen könnten, aber stehen doch da und starren, als interessierte es sie sehr, zu sehen, wie die anderen billig zu Brot kommen. Sie stehen da und warten auf das Wunder in Form einer Scheibe Brot. Man kann das an der Art und Weise sehen, wie ihre Augen jede Bewegung verfolgen, in derselben verweilenden Hoffnung, wie sie in dem Blick der Hunde liegt, wenn sie an dem Schlachterwagen stehen und den Himmel anflehen, daß der Schlachter ein wenig fallen lassen möge. Sie begreifen nicht, daß nicht irgendeiner sich ihrer erbarmt. Nicht wir Menschen — du solltest ihre Ueberzeugung sehen, wenn wir ihnen etwas geben — sondern der Zufall, das Unalück. Großer Gott, Brot ist so billig, das billigste von allem Wichtigem auf dieser Erde, und doch können sie nicht einmal genug davon bekommen! Heute morgen steckte ich einer alten Frau ein Brot zu, und sie küßte es und weinte vor Freude. — Findest du, daß das zum Aushalten ist?“ Er starrte Pelle an, es lauerte Wahnsinn in seinem Blick.

„Du tust mir unrecht, wenn du glaubst, daß ich es nicht auch fühle“, sagte Pelle still. „Aber wo führt ein schneller Weg aus diesem Uebel heraus? Wir müssen langmütig sein und uns organisieren und auf die Zeit hoffen. Uns unser Recht nehmen, so wie sie das anderswo tun, dazu taugen wir nicht.“

„Rein, das ist es ja gerade! Man weiß, daß wir nicht dazu taugen — darum kann die Gerechtigkeit nicht gedeihen. Das Volk bekommt nur, was ihm zukommt, wenn die Ketten der Wissen, daß sie es sich im schlimmsten Falle selbst schaffen können.“

„Ich glaube nicht, daß etwas Gutes aus einer Revolution kommen würde“, sagte Pelle hell. Er fühlte die alte Kampf-bereitschaft wieder in sich.

„Darauf verzeihst du dich nicht, wenn du es nicht in dir gefühlt hast!“ antwortete Morten bestia. „Revolution ist Gottes Stimme, die Recht und Gerechtigkeit läßt und über die sich nicht streiten läßt. Wenn sich die Armen erheben und sich ihr Recht verschaffen, so wäre das Gottes Urteil, und es würde wohl nicht ungeschehen werden. Die Zeit hat wohl das Recht, sich selbst wieder einzuholen, wenn sie in einer so ersten Sache in Rückstand geraten ist; und das geschieht nicht durch einen Sprung vorwärts. Aber sie erheben sich nicht, sie sind wie taubstumme Taubstumm! Du bist wohl auch einmal da unten in dem Keller des Eisenhändlers unter der „Arche“ gewesen und hast kein Lager von Lumpen und Knochen und altem eisernen Gerümpel gesehen? Das ist lauter Abfall vom Müllplatz der Dinge, die die menschliche Gesellschaft einmal verbraucht und dann da hinausgeschickt hat. Erholt es wieder herein, und nun können die Armen es kaufen. Er laßt auch das Brot von den Soldaten, wenn sie auf den Mummel gehen wollen, und schmeißt es auf den Schmutzhaufen; es heißt, es sei Pferdefutter, aber die Armen kaufen es ihm ab und essen es. Der Müllplatz ist die Speisekammer der armen Leute — das heißt, wenn die Schweine genommen haben, was sie haben wollen. Die Amaer Bauern müssen ihre Schweine dort, und die Gesundheitskommission denkt daran, das zu verbieten; aber mit den Kopenhagener Armen hat niemand Mitleid.“

Pelle schanderte. Es lag etwas Dämonisches in Mortens schredlichem Wissen — er wußte ja mehr von der „Arche“ als Pelle selbst. „Bist du denn auch unten in diesem widerlichen Lumpenkeller gewesen?“ fragte er; „oder woher weißt du das?“

„Nein, aber ich weiß es nun einmal — das ist ja mein Glück! Frag selbst nach, ob sie nicht Suppen aus den zerfallenen Knochen von da draußen kochen. — Und nicht einmal die Giftstoffe des Müllplatzes können sie entkündeln. Sie kochen es auf und kochen es noch mehr. Ich ertrage es nicht, wenn nicht irgend etwas geschieht: Reht halt du dich aus dem Staub gemacht, so geht es mit jedem, der etwas ausrichten sollte, mit einem nach dem anderen; weil sie zufrieden sind oder weil sie ihrem eigenen jämmerlichen Vorteil nachgehen. Die, die was taugen, knicken aus, und nur die Elenden bleiben übrig.“

„Ich hab' euch nicht im Stich gelassen“, sagte Pelle warm. „Du sollst sehen, daß ich es nicht getan habe.“

(Fortsetzung folgt.)

Soll man Kindern Märchen erzählen?

Von Dr. Paul Neuburger

Mit den langen Abenden beim Lampenschein, den stürmischen Tagen, da es draußen regnet oder schneit, ist das Märchen aus dem Schlaf, den es in der klaren Sommerjonne schlief, wieder aufgewacht. Die Kinder betteln wieder: „Erzähle!“ und Kofftopfen und Schneewittchen, die sieben Geiseln und die Bremer Stadtmusikanten begleiten sie aus neuer durch den Tag bis in den Traum hinein.

In die Zukunft bildende Väter, die ihre Söhne am liebsten bilden würden, und von Strupeln geplagte Mütter, für die jede Frage der kleinen Wildbegehr Gemüthsnot bedeutet, schlaue Märchen erzählen? Soll man sie in eine Welt führen, die nicht in Verwirrung geraten und sich im Leben schwerer zu tun hat, sondern in der sie sich leicht und glücklich bewegen können? Soll man sie in eine Welt führen, die nicht in Verwirrung geraten und sich im Leben schwerer zu tun hat, sondern in der sie sich leicht und glücklich bewegen können?

Wenn man's so hört, mag's leidlich scheinen. Hat man doch von solchen Gesichtspunkten aus auch „Eratostheneskonstruktionen“, wie den Klappertopf und den Ritzkammern oder den Weibnachtsmann und den Osterhasen beseitigen wollen. Unanständiges Tun greifen unmittelbar ins wirkliche Dasein der Kinder hinein. Die geschehen Dinge, die sie nicht recht mit den Erzählungen in Einklang zu bringen wissen, und Schritt für Schritt geraten sie auf unsicheren Boden, in Gebiete, wo

es nicht „stimmt“. Und der kleinen Logik gegenüber, die fragt, wie es denn das neuangekommene Schneewittchen sich beim Fliegen nicht erkaltet habe, da es doch jetzt noch immer nicht in die kalte Winterluft hinausdürfte, und warum denn der Vater den Weibnachtsmann nach Hause bringe, wenn doch das Christkind das alles besorge, und die mitunter noch weit verständlichere Fragen so fortzuspinnen, daß es nirgend eine schwache Stelle aufweist — und es ist auch gar nicht nötig.

Nur, weil wir die Dinge vom Standpunkt des Erwachsenen aus sehen, wundern wir uns, wie reich selbst kluge Kinder, so reichlich sie manchmal auch zu fragen verstehen, sich dann wieder mit irgend einer recht fadenstimmigen Antwort aufdrücken geben, oder wir sehen mit Entsetzen, wie andere das Spiel schon halb als Spiel aufnehmen, und es nun den Großen gegenüber fortsetzen, als hätten sie es erfunden, und jene sollten daran glauben.

Die Märchen aber, jener uralte Bestand gemeinamer Völkerbesitzes, bilden eine Welt für sich. Die Kinder fragen kaum, warum ihre Käse und ihr Hund nicht sprechen können, wie jene Anwärter auf eine müßeliche Ehrenstelle in der Reichsstadt Bremen; sie rechnen nicht darauf, Königskinder auf der Straße zu begegnen, und wenn ein furchtsames Kind sich im Walde ängstigt und vielleicht auch meint, es könne ihm ein Wolf in der Weg kommen, so denkt es doch kaum daran, daß er mit ihm eine Unterhaltung beginnen werde oder nach Hause eilen könne, um sich in Großmutter's Bett zu legen.

Die besondere kindliche Stellungnahme zu wunderbaren Dingen kommt zunächst davon, daß für die Kinder das Wirkliche und das Unwirkliche nicht so streng geschiedene Welten bedeuten, wie sie es für den Erwachsenen sind. Was uns erst auf Grund metaphysischer Erwägungen wieder zum Bewußtsein kommt, daß auch der Traum und die Gebilde der Dichtung wirkliches Dasein besitzen, das ist dem noch nicht so selbst geläufig. Aus dieser Wurzel entspringen ja auch die feinen Erfindungen der Kinder, die nur von verständnislosen Erwachsenen nicht erkannt und als Vagen abbrandmarkt und bestraft werden. Solches schöpferische Wirken ist für das Kind Bedürfnis, und gerade die Zeit der Wunder gibt ihm den Stoff für diese Tätigkeiten. Das ist auch der Grund, weshalb das Kind den Erzählungen der Erwachsenen nicht mit demselben Anspruch gegenüber steht, die jene an seine Aussagen erheben. Das Kind hat ein feines Gefühl dafür, was es jene Wahrheit der Wirklichkeit zu sagen und wo es sie zu erwarten hat. Es weiß, wenn auch nicht völlig bewußt, daß die fabelhaften Dinge ihr Wesen für sich haben, und es wird von den Eltern keine Rechenschaft fordern oder gar ihnen seine Vertrauen entgegen, wenn die Erzählungen, die es im Leben macht, nicht mit solchen Darstellungen übereinstimmen. Damit soll nicht gesagt sein, daß diese Erzählungen und vor allem die Antworten auf die kindlichen Fragen nicht feinsten Takt verlangen. Er ist vor allem im Gebiet jener Fabelgeschichten vorhanden, die, wie Klappertopf und Weibnachtsmann, ins Leben selbst hineintraten, und in jenen Zeiten, da es schon ist, sie allmählich mit der wirklichen Welt in einanderfügen zu lassen. Wer glaubt, was ohne sie auskommen zu sollen, der möge es tun, aber er soll nicht meinen, daß dem Kind viel Gutes damit gelohne, wenn sein Geist so völlig vor allem „Unwirklichen“ bewahrt wird. In ihrer Kindheit haben sich die Kinder die Märchen geschaffen, weil ihr kindlicher Sinn nach solcher Nahrung verlangt. Der literarische Aufbau und die klare Gliederung dieser Geschichten, ihre einfache Moral und Charakteristik, die feine Schmückerei und keine Überladung, sind das, was man sich nach nicht gerechtfertigt begehrt, und wenn sie nur unvollkommen Abbilder des Lebens darstellen, so zeichnen sie doch die Welt in einfachen Linien, wie sie zunächst für denjenigen nötig sind, der sich in ihr zurechtfinden will. Diese primitiven Bedürfnisse leitet das Kind. Man fürchte auch nicht, daß die praktische Unterweisung jener beiden Welten, deren es bedarf, um sich im Leben zu orientieren, durch Märchen-Erzählungen über Gebühr verzögert werden könne. Das Leben fordert sein Recht und nimmt langsam aber sicher vom Geist des werdenden Bewußt. Aber auch das Leben verlangt Klarheit, selbst für seine praktischen Anforderungen, und das Kind, dessen Einbildungskraft immer nur kümmerliche Nahrung empfangen hat und nie seine Schwingen ins Märchenland hat breiten dürfen, wird gewiß auch als Ingenieur keine neuen Ideen haben.

Bücherschau

Alle Bücher hier bezeichneten Bücher sind durch die Volkshandlung, Nordstraße 45, Karlsruhe, zu beziehen.

Das Buch des Arbeiters. Ein Verzeichnis empfehlenswerter Schriften für alle Sozialisten. 100 Seiten. — Noch rechtzeitig um Weibnachtszeit, dem Fest des Bücherkaufes, hat die Volkshandlung Aden u. Comp. in Dresden unter dem obigen Titel einen Ratgeber für den proletarischen Bücherkäufer herausgegeben. Auf 100 Seiten wird aus fast allen wesentlichen Gebieten der Wissenschaft, der Kunst und der Unterhaltung das ausgewählt, was für den Arbeiter wertvoll ist. Natürlich kann es sich dabei nur um eine Auswahl des Besten handeln. Beschränkung war nicht nur aus räumlichen Gründen geboten, sondern auch um dem Arbeiter leger nicht durch Ueberfülle des Suchen und Finden zu erschweren. Daß der sozialistische Gedanke bei der Auswahl im Vordergrund stand, ist selbstverständlich. Deshalb sind auch die wichtigsten Werke für die sozialistische Durchbildung in erster Linie neben, besonders berücksichtigt: Sozialismus, Volkswirtschaft, Gewerkschaftsbewegung, Bildungswesen, vor allem auch die Vermittlung der Jugend für die sozialistische Gedankenwelt eines der wichtigsten Probleme der Arbeiterbewegung darstellt, ist Wert darauf gelegt worden, auf 12 Seiten das aus dem unübersehbar weiten Feld der Kinder- und Jugendbücher aufzusuchen, was diesem Ziele dient oder ihm zu mindest nicht, wie das in so vielen in häßlichen Verlagen erschienenen Jugendbüchern geschieht, ausverarbeitet. Auch die anderen, für die politische und Allgemeinbildung bedeutsamen Gebiete des Wissens wie der Kunst sind nach Maßgabe des Vertriebs der Arbeit besprochen. Das Inhaltsverzeichnis weist nach: Politik, Literatur über Ausland, Sozialpolitik, Philologie, Geographie, Völker- und Länderkunde, Gewerkschaftsbewegung, Frauenbewegung, Erklärungen, Roman des 19. und 20. Jahrhunderts, Klassikerausgaben, Literaturgeschichte, Verschiedene, Vorträge und Vorträge, Bildende Kunst, Schriften über Musik, Naturwissenschaften, Sport und Sport, Gesundheitslehre, Technik.

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 14. Dezember

Geschichtskalender

14. Dez.: 1923 Rücktritt des französischen Kabinetts Teillich. — 1923 Der französische Größtflieger Steinhilber in Paris. — 1923 Rücktritt des polnischen Kabinetts Witos (Nachfolger: Grabst).

Belämpfung der Erwerbslosigkeit

Vom Rathaus wird uns geschrieben: Die seit Ende des Sommers stetig wachsende Erwerbslosigkeit in Karlsruhe war schon seit längerer Zeit Gegenstand vorzüglicher Maßnahmen der Stadterwaltung. Der Stadtrat hat nunmehr trotz der schlechten Finanzlage der Stadt durch Beschluß vom 26. November die Finanzmaßnahme zweier großer Hilfsarbeiten zum Zwecke der Beschäftigung Erwerbsloser beschlossen, nämlich: Die Durchführung von Weg- und Eisenarbeiten auf der Insel Rappentwörth und die Planierung von Industriegebieten hinter der Maschinenbaugesellschaft. Die Arbeit auf Rappentwörth dient zunächst einer besseren forstwirtschaftlichen Nutzung des Waldes; sie ist aber auch ein erster Anfang zur Erschließung der Insel für die Volkserholung. Die Arbeiten auf dem Gelände hinter der Maschinenbaugesellschaft sind die Voraussetzung für dessen industrielle Nutzung. Beide Arbeiten eignen sich in hervorragendem Maße für die Beschäftigung möglichst vieler, auch ungebildeter Arbeitskräfte. Sie umfassen zusammen 20 000 Tagelöhne, ermöglichen also die Beschäftigung von 200 Arbeitern auf die Dauer von 100 Tagen. Der erforderliche Aufwand beträgt 160 000 RM. Diese Summe hat die Stadtverwaltung jedoch s. Zt. nicht selbst verfügbar. Sie war gezwungen, sich zwecks Bereitstellung der erforderlichen Mittel teils durch Zuschuß, teils durch Darlehen an die für die produktive Erwerbslosenfürsorge zuständigen Behörden und an den Herrn Minister des Innern zu wenden. Sie hat nunmehr von diesen Stellen entsprechende Zusagen wenigstens für den größten Teil des Aufwandes erhalten und wird mit den Arbeiten am kommenden Montag, den 14. ds. Mts., beginnen.

Zwei weitere kleinere Hilfsarbeiten (Kulturverbesserungsarbeiten bei Reuten und in der Kellerei) mit 4200 Tagelöhnen und einem Aufwand von 27 000 RM. sind augenblicklich in Vorbereitung. Die Beschaffung ausreichender Mittel dafür steht augenblicklich noch aus. Man darf aber wohl hoffen, daß auch für diese Maßnahmen seitens der Behörden das notwendige Entgegenkommen gezeigt wird.

Außer den genannten Arbeiten, die sich als sogen. Notstandsarbeiten ihrer ganzen Natur nach besonders gut eignen, beschäftigt die Stadterwaltung demnächst noch eine ganze Reihe anderer Maßnahmen in Angriff zu nehmen, teils in der Form von Notstandsarbeiten, teils als normale städtische Arbeiten, letztere unter Vornahme von Unternehmungen, die ohnehin zur Ausführung im Wirtschaftsjahr 1926 vorgeleben werden sind. Eine dieser weiteren in Aussicht genommenen Notstandsarbeiten (der Bau des 2. Teils des Hildebrand-Sammelkanals) hat bereits in der Stadtratssitzung vom 10. ds. Mts. die grundsätzliche Zustimmung des Stadtrats erhalten. Dieser Beschluß war jedoch nur möglich unter dem Vorbehalt, daß nicht nur die Förderung der Arbeit durch die zuständigen Behörden aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge im höchstmöglichen Maße erfolgt, sondern es auch mit Rücksicht auf den dabei notwendigen großen Aufwand nicht nur für Rohstoffe, sondern auch für Materialkosten, ein kurzfristiges Darlehen in Höhe von 1926 aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu erhalten. Die Aufnahme eines solchen Darlehens ist auch Voraussetzung für die oben angeordnete Vornahme von Bauarbeiten, deren Durchführung andernfalls erst im Laufe des Rechnungsjahres 1926 erfolgen könnte.

Als ein glücklicher Umstand in diesem Zusammenhang ist es zu bezeichnen, daß es aller Voraussicht nach möglich sein wird, Erweiterungsarbeiten an Straßenbahnen ab zum kommenden Frühjahr zu beginnen, nämlich den Bau einer Linie von der Karlsruher über die Reichsstraße überwärts mit einem kleinen Straßenbruch nach dem Stefanienbad und von da im Zuge der Reichenstraße gegen Westen bis zur Pulaher Straße, ferner den Bau einer normalspurigen Straßenbahn von der Reichenstraße über die Bogelstraße, Mohntstraße, Neue Daxlander Straße nach der Kellereistraße bis in die Turnierstraße bei der Daxlander Straße. Die erhaltene Linie wird das Verkehrsgebiet, dem Vorort Beertheim und Sulzbach mit dem Stadtkern verbinden, die letztere das Industriegebiet hinter der Maschinenbaugesellschaft, die Wohnbevölkerung und das h. Hofenbad neu erschließen, insbesondere als dem Vorort Daxlanden endlich eine zureichende Verbindung mit dem Stadtkern verschaffen.

Schließlich wird bei all dem auch der Wohnungsbau nicht vernachlässigt werden dürfen. Ein auf vorbereiteter und energetisch einsetzender Baubeginn im frühesten Frühjahr ist mit dem Wichtigste, was zur Belämpfung der Erwerbslosigkeit zu tun ist, zu bezeichnen hat.

Seine 15. allgemeine Vogelausstellung
Veranstaltet zurzeit der erste Karlsruher Verein für Kanarienzucht mit Vogelzucht und Pflege. Die Ausstellungen dieses Vereins sind immer herodorragerer Art. Schon voriges Jahr zeigte sich dies und dieses Jahr in noch erhöhterem Maße. Wer den Saal des „Kaffee Nowad“, in dem die Ausstellung stattfindet, betritt, der glaubt einen Wald zu betreten und wird von lieblichem Vogelgesang begrüßt. Überall, wohin er blickt, sitzen Vögel auf den Ästen — allerdings ausgetrocknet — während in den vielen Käfigen eine nach vielen Wundern klingende geflügelte Scharwelt ihr hübsches Konzert gibt. Ein solches Singen und Gemurmel in den lieblichsten Tönen muß man antworten. Das Arrangement, das von Herrn Hoff angeordnet, ist wirklich vorzüglich. Jeder Besucher ist entzückt über die hübsche Aufmachung und den

allerliebsten Gesang unserer geliebten Freunde. Und was ist am liebsten nicht alles zu sehen? Das ganze Land Baden hat sich an der Ausstellung beteiligt, die feinsten Konkurrenzlänger der Kanarienfamilie sind vertreten. Außerdem wurden ausgestellt: Wildvögel, Kanarienvogel, Schmetterlingsfalter, Aquarien, Käfige, sämtliche Sorten Futter, die schon ermahnen von Herrn Hoff ausgekostet sind, und allerlei Ziergegenstände und Tiere. Mit der Ausstellung verbunden ist ein Kanariemarkt und eine Prämierung. Wer also sich einen so lieben Sänger verschaffen will, der hat die beste Gelegenheit dazu. Vielleicht ist auch der Glückshafen dem einen oder anderen hold. Aber an allem ist es allerdings höchste Zeit, denn die Ausstellung dauert nur noch bis heute abend. Also beeile sich Jeder.

Gewerkschaftstakt Karlsruhe-Durlach

In Karlsruhe und Durlach finden Lichtbildervorträge statt über das interessante Thema: „Gewerks- und Hüttenwesen“. Der Besucher wird einen Einblick erhalten in die Gewinnung von Eisen und Kohle, die Verhüttung der Materialien, Bildung von Tropfsteinhöhlen usw. Die Vorträge finden statt in Durlach („Lamm“) am heutigen Montag und in Karlsruhe morgen Dienstag (Gartenaal des „Friedrichshof“). Der Eintritt ist frei, jedoch allen Gewerkschaftsmitgliedern der Besuch möglich ist. (S. Anzeig.)

Heute Montag: Die neue Großmacht? 8 Uhr, Konzerthaus

Die falschen Einmattküde

Am Laufe des Jahres sind in Mannheim und Karlsruhe falsche Einmattküde aufgetaucht, die durch Gäh aus einer Zinnlegierung hergestellt sind und dann verfertigt wurden. Die Kandelabre, die vermutlich mit einem scharfen Instrument nachgeritzt wurde, ist teils ziemlich auf, teils auch schlechter gelungen. Obwohl schon einmal auf das Auftauchen dieser Fälschungen in der Presse hingewiesen wurde, ist es bis jetzt noch immer nicht gelungen, Hersteller und Verbreiter zu fassen. Da durch die Vereinnahmung der Fälschungsküde hauptsächlich die Geschäftswelt empfindlich geschädigt wird, wird erneut empfohlen, bei der Einnahme von Geld mehr Sorgfalt walten zu lassen.

Weihnachtsfeier der Karlsruher Schülertafel

Der kleine Festballsaal war am Sonntag nachmittags dicht besetzt. Die Schüler, ihre Eltern, Freunde und Gönner der Schülertafel befanden durch ihren Besuch ihr Interesse an dem Wirken der Tafel. Unter Leitung des Herrn Hauptlehrer M. Greulich bestritt die Schülertafel das gesamte Programm. In schmeckenden, prächtigen, feurigen Kompositionen sang die junge Musikführung, was unter fachkundiger Leitung mit Lust und Liebe durch fortgeschrittene Leitung und einem gewissen Fundus musikalischen Empfindens in prächtigen Zusammenklängen aus den Instrumenten herausgeholt werden kann. Besonders dankbar wurden die reisenden Quartettmitglieder der ganz jungen Vögel unter Obermusikmeister a. D. Diele's Leitung seitens der Anwesenden aufgenommen, jedoch sie sich zu Beinahe verstanden. Bei hellem Lichterglanz des mächtigen Weihnachtsbaumes beherbergte die Weihnachtsfeier die Empfängniswelt des Jubiläums. Da die Schülertafel mit dieser Feier zugleich die 40. Wiederkehr ihres Geburtsjahres feierte, ließ Herr Stadtschulrat Dr. Heibinger in wohlgeleiteter Rede die Entwidlung der Tafel vor dem geistigen Auge vorüberziehen. Er betonte, daß wir aus der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft lernen müßten. Die Chronologie weist zunächst auf die Tatsache hin, daß 1882 Staatsminister Eduard Schuler in Karlsruhe gründete. Antragsunterlagen bei dieser war 1883 die Ursache der Gründung einer Jugendkafel unter Kanellmeister Birag's Leitung, die sich seitens der Stadt und Schule einer besonderen Förderung erfreuen durfte. Der nun eintretende Konkurrenzkampf zwischen beiden Kafellen schuf 1885 die Tatsache der Vereinigung beider Kafellen zu einer, die dem Gesamtorganismus der Schule eingegliedert wurde. Und damit war die Schülertafel in ihrer heutigen Zusammenfassung gegründet. Herr Hoff und Herr Meier waren die ersten geschäftsführenden Mitglieder. Seit 1889 war jeweils der Leiter der Volksschulen Vorsitzender der Schülertafel. 1918 wurde sie dem Stadtschulrat unterstellt. Seit 1886 hatten die musikalische Leitung inne die Herren Birag, Meier, Roth, Käler (war ausweisend) und Wölfe, der über 25 Jahre ununterbrochen dirigierte. Als musikalische Leiter betätigten sich die Herren Hauptlehrer Schilling, Jehne, Kaiser, Ott, Tisch, Ziegler, Lehmann, Greulich, und seit auch Herr Obermusikmeister a. D. Diele. Stadterwaltung und Rektorat waren der Schülertafel besonders gewogen. Die Stadterwaltung nahm auch die sich ständig erhöhenden finanziellen Kosten auf sich. Wertvolle Mitarbeiter waren auch die Herren Wöhrlinger und Kessel. Durch die unentgeltliche Mitwirkung der musikalischen Veranstaltungen usw. hat sich die Kafelke machendes Interesse geföhert. Eine Anzahl der jugendlichen Musikausübenden wurde für 10- und 25-jährige Aktivität durch Ehrenzeichen besonders gemündet. Herr Stadtrat Fischer war als Vertreter der Stadt erschienen.

In weiteren instrumentalen Bravourstücken fand dann die Weihnachtsfeier ihren Ausklang.

Vorzugsrenten

Wie aus der im Anzeigenteil der Samstag-Nummer enthaltenen Bekanntmachung des Herrn Oberbürgermeisters ersichtlich, können die Altbesitzer von Reichsanleihen ihre Anträge auf Gewährung von Vorzugsrenten auf Grund des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen vom 16. 7. 1925 beim städtischen Fürsorgeamt, Rathaus, Zimmer 122, 3. Stock, stellen. Das städtische Fürsorgeamt ist bereit, nicht allein Rat und Auskunft zu erteilen, sondern auch bei der Ausfüllung der Verbände behilflich zu sein. Antragsberechtigt sind sämtliche in Karlsruhe wohnenden bedürftigen Anleihebesitzer, soweit sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Bedürftigkeit wird bis zu einem Jahreseinkommen von 800 RM. angenommen.

men, wobei die im § 19 des Gesetzes bestimmten Unterhaltsleistungen, Versorgungsbezüge und Renten außer Anrechnung bleiben. Bei der Antragstellung ist zwischen einfacher und erhöhter Vorzugsrente zu unterscheiden. Bei der einfachen Rente bleiben dem Rentenempfänger die Auslosungsrechte erhalten, sie ruhen nur während des Besuchs der Rente. Bei der erhöhten Rente dagegen muß der Rentenberechtigte auf Auslosungsrechte und Auslosungsrecht verzichten. Dieser Verzicht ist unwiderruflich. Dafür ist aber die erhöhte Rente um 25 Proz. höher als die einfache Rente, und wenn der Rentenberechtigte bei Antragstellung das 60. Lebensjahr erreicht hat, sogar um 50 Proz. höher.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß die Grundlage für den Antrag auf Vorzugsrente der bei einer Bank oder Sparkasse gestellte Antrag auf Austausch der Reichsanleihen des Deutschen Reiches in Anleihenbüchergeld ist. Die Frist zur Stellung dieser Anträge läuft nur bis 28. Febr. 1926. Wer also bis dahin seine Reichsanleihen nicht zum Austausch gegeben hat, geht auch des Rechtes auf Vorzugsrente verlustig. Der Antrag auf Vorzugsrente dagegen kann jederzeit gestellt werden.

Aus der Stadtratssitzung

aus 10. Dezember 1925

Ehrung Damajchtes. Aus Anlaß des 60. Geburtstages des hervorragenden Bodenreformers und Förderers der deutschen Heimstättenbewegung, Dr. Adolf Damajchte, wird dem nördlichen Teile der Freydorffstraße — zwischen Grenabierstraße und Dunkel-allee — ehrenhalber die Bezeichnung „Damajchte-Strasse“ beigelegt.

Wärmehallen für Erwerbslose. Dem Antrag des Gewerkschaftstakts entsprechend werden während der kalten und schlechten Jahreszeit Wärmehallen für die Erwerbslosen eingerichtet. Zunächst stehen die vom Bad. Frauenverein in dankenswerter Weise überlassenen beiden Volksküchen in der Luisenschule (Ede Baumelster- und Kilsburgerstraße) und im Hildehaus (Schiffelstraße 37) zur Verfügung, die von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends geöffnet sind. Es ist ferner in Aussicht genommen, das beim Festballsaal stehende Baumgäh diesen Zweck mit tünchlicher Beschleunigung dienlich zu machen.

Einrichtung von freiwilligen Fortbildungskursen für Laubstämme. Der Stadtrat genehmigt die versuchsweise Einrichtung eines Fortbildungskurses für volkschulentaugliche Laubstämme beiderlei Geschlechts an der hiesigen Volksschule. Der Unterricht soll in den Abendstunden stattfinden und unentgeltlich sein.

Verkehrsregelung. Der Stadtrat billigt Pläne des städtischen Tiefbauamtes, die die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse bei der Hauptpost und am Karlsruher zum Gegenstand haben. Wenn irgend möglich, soll versucht werden, die Mittel für die Ausführung der Pläne im Voranschlag des kommenden Rechnungsjahres vorzusehen.

Abgabe der städtischen Maskenbälle 1926. Der Stadtrat beschließt, von der Abhaltung städtischer Maskenbälle im Karneval 1926 mit Rücksicht auf die ungünstige allgemeine wirtschaftliche Lage abzusehen.

Dienstausscheidung. Die Ehrenurkunde für 25jährige treu geleistete Dienstzeit haben erhalten: Finanzoberinspektor Karl, Wölfe bei der städtischen Sparkasse und Verwaltungsschreiber, Alois Brunner beim Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt, Beamtenbeihilfsbeamte, Eugen einen hiesigen Hilfsarbeiter, der Beamte des städtischen Fürsorgeamtes in Ausübung ihres Dienstes beledigte und bedrohte, wird Strafantrag gestellt.

Genosse Fritz Schaulberger f. Kurz vor Reaktionschluss erhalten wir die Trauerkunde, daß unser alter Kämpfer Gen. Fritz Schaulberger, der in früheren Jahren eine bedeutende Rolle in der Sozialdem. Partei spielte, in Köln gestorben ist. Wir werden die Verdienste unseres nun verstorbenen Genossen morgen näher würdigen.

Fußball-Resultate des gestrigen Tages. S.F.V. — Stuttgarter Kickers 3:1; S.V. — Stuttgart — S.F.V. 1:0; S.F. Freiburg — 1. F.C. Forstheim 4:5; S.F.V. Gaggenau — Trantonia Karlsruhe 4:1.

() Von Versailles nach Locarno. Was alles hinter dieser zwei Namen steckt an politischer Entwicklung, das zeigte den ausgezeichneten Vortrag Gerhart Segers, Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, den er am Dienstag abend im Saal der „Bier-Adressen“ hielt. Als Vorsitzender der Ortsgruppe Karlsruhe der „Deutschen Friedensgesellschaft“ leitete Hauptlehrer Haebler die gut, wenn auch leider nicht so gut besuchte Versammlung, wie es das inhaltlich und reichhaltig gleich hochstehende Referat des Gen. Segers verdient hätte. Dabei muß vor allem hervorgehoben werden, daß es jedem Anwesenden klar wurde, wie notwendig eine politische Organisation gerade in Deutschland ist; erfreulicherweise meldeten sich sofort eine große Anzahl der Anwesenden als Mitglieder an. Segner waren nicht erschienen; einige Anfragen beantwortete der Referent in sachkundiger Weise, jedoch die Versammlung einen ausgezeichneten Eindruck bei allen Anwesenden hinterließ.

Aus den Vororten

Rippurr. Nächsten Donnerstag, 17. Dez., abends 8 Uhr, findet im Vereinslokal „Fähringer Löwen“ eine Parteiverammlung statt. In derselben spricht Regierungsrat Genosse Weismann über „Tehnik, Sport und das sozialistische Weltgeschehen“. Genossen, werbt auch für diese Versammlung wieder, damit sie ebenso auf besucht wird, wie die letzte. — **Beute Montag** abend Vorstandssitzung, Zusammenkunft wie gewöhnlich.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landestheater: 1. Sinfoniekonzert. 7½ bis 9½ Uhr.
Konzerthaus: „Die neue Großmacht“, 8 Uhr.
Reichens-Volksspiele: „Der Herr Generaldirektor“.
Uniontheater: Frauen auf schiefer Bahn. Str und Fax im Wildwest.
Palast-Volksspiele: Dracs Hände, der Leidensweg eines Künstlers. Beiprogramm.
Atlantische-Volksspiele: Der rote Ritter. Beiprogramm.
Colosseum: Wiener Operette. 8 Uhr.
Reichens-Volksspiele: — Die Tochter von Ravenna
Kaffee-Bauer: Konzert.
W. in Ansestalten: Deffentliche Angestellten-Versammlung im „Friedrichshof“, 8 Uhr.
Erster Karlsruher Verein für Kanarienzucht: Ausstellung mit Vogelmarkt „Kaffee Nowad“.

Chr. Bock Nachf. Inh. Carl Fritz & Cie
Karlsruhe, Kaiserstr. 53

Die billigen Preise für Fritz-Schuhe
bei hervorragender Qualität müssen sprichwörtlich werden.
Ueberzeugen Sie sich, ehe Sie Ihre Schuhe kaufen



Aus der Partei Das Ende des Grütlivereins

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:
Nach 87jährigem Bestehen hat der in Zürich abgehaltene letzte Parteitag des Schweizerischen Grütlivereins mit 122 gegen 13 Stimmen seine Auflösung beschlossen! Damit verschwindet eine Organisation, die die erste politische Zusammenfassung der schweizerischen Arbeiterkraft und des ihr nahe stehenden demokratischen Kleinbürgertums bedeutete. Der Grütliverein wurde im Mai 1838 in Genf zuerst als lokale Organisation gegründet. Er entwickelte sich bald zu einer Organisation, die im Jahre 1893 mit 16 400 Mitgliedern in 353 Sektionen ihren Höhepunkt erreichte. So war der Verein über das ganze Land verbreitet. Seine Tätigkeit war sowohl auf die demokratische Weiterentwicklung der Verhältnisse im Bunde als auch in den Kantonen und Gemeinden sowie auf die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft gerichtet, deren Bedürfnisse und Bestrebungen er überall vertrat und förderte.

Einen ersten Stöck erhielt der Grütliverein durch das Aufkommen und die Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung. Diese führte zu Kämpfen in den eigenen Reihen, die sich aus Arbeiter, Kleinrentnern und anderen Geschäftsleuten, aus Arbeitern, Intellektuellen, zusammensetzten. Der wirtschaftliche Klassenkampf führt zur Abgrenzung zahlreicher Kleinrentner. Der Grütliverein wurde dadurch zu einer politischen Arbeiterorganisation, der freilich noch immer auch Angehörige anderer Volksschichten angehörten. Im Jahre 1901 ging der Grütliverein eine Art „Kartellverhältnis“ mit der Sozialdemokratischen Partei ein, die von Grütli und anderen Genossen erstmals im Jahre 1869 gegründet worden war. Das Kartellverhältnis bewährte sich während einiger Jahre für beide ganz gut, bis dann aber Meinungsunterschiede über das Maß von Einfluss und Macht in der Gesamtpartei zwischen den beiden Partnern entstanden. Die „Reorganisationsfrage“ beschäftigte immer wieder die Parteitage. Dabei spielte selbstverständlich auch Fragen über Taktik, über Meinungsverschiedenheiten der linksstehenden Sozialdemokraten und der rechtsstehenden Grütlilianer eine große Rolle. Aber zur Scheidung kam es erst im Jahre 1916, nachdem der sozialdemokratische Parteitag die Ablehnung der Militärtreue durch die Arbeitervertreter im Nationalrat beschlossen hatte. Gegenwärtig, am Schlusse seiner Existenz, zählt der Grütliverein noch 102 Sektionen mit 2700 Mitgliedern.

Auf die Auflösung des Grütlivereins hin traf dessen Zentralkomitee mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand ein vorläufiges Abkommen für den eventuellen Übertritt der Grütlisektionen in die Sozialdemokratische Partei. Der Parteitag der Grütlilianer hat nun beschlossen, den Kantonalverbänden und Sektionen selbst den Entscheid darüber zu überlassen, ob sie sich der Sozialdemokratischen Partei anschließen oder aber auflösen wollen; den Anschluss empfahl u. a. auch der bekannte Genosse Robert Sedel. Eine Liquidationskommission wird nun die völlige Auflösung des Grütlivereins durchführen.

In der Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung nimmt der Grütliverein einen hervorragenden Platz ein. Nachdem er aber durch die Sozialdemokratie mit geschichtlicher Notwendigkeit abgelöst wurde, hatte er seine historische Mission erfüllt und musste verschwinden.

Aus der Stadt Durlach

Bildbildvortrag des Gewerkschaftskartells. Heute Montag abend 5 Uhr findet im „Lamm“ ein Bildbildvortrag statt über „Berufsweg und Sittenwesen“. Der Eintritt ist für alle Gewerkschafter frei. (Siehe Inserat.)

Warum so schweigsam? Unter obiger Überschrift übten wir in der letzten Donnerstagsnummer des Volksfreund Kritik daran, daß das „Durlacher Tageblatt“ noch kein Wort über den Verlauf der letzten Bürgerauschussbesitzung gebracht hatte und knüpfte daran verschiedene Schlussfolgerungen. An dem gleichen Tage erschien nun im „Tageblatt“ der erste Teil des von uns monierten Berichtes und zwar in ziemlich erschöpfendem Umfang. Sämtlichen erzielten wir auch Mitteilung über die Ursachen, die den Bericht verzerrt hätten. Damit werden alle in unserm Donnerstagsartikel gezogenen Schlussfolgerungen, soweit sie sich auf das „Tageblatt“ beziehen, natürlich gegenstandslos.

In der Parteiverammlung vom letzten Freitag hielt Gen. Professor Conans einen sehr interessanten Vortrag über Wohnungsreform. Nachdem der Redner eingehend den grundlegenden Unterschied zwischen sozialistischer Auffassung und Bodenreform kurz beleuchtet hatte, gab er in großen Zügen ein Bild über die in der Nachkriegszeit in Deutschland wie auch in unserm engeren Heimatland betriebene Wohnungsreform. Ihrer Mängel und ihrer Vorteile; er legte die Zusammenhänge und Gedankenansätze der einzelnen gesellschaftlichen Maßnahmen (Reichsmietengesetz, Mieterchutz usw.) dar und machte an verschiedenen Beispielen den untrennbaren Zusammenhang zwischen Wohnungsreform und Armenpolitik klar. An Hand von durch das Reichsarbeitsministerium gegebenen Zahlen neueren Standes kommt er hier zu dem Schluss, daß von einer Aufhebung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen für absehbare Zeit keine Rede sein könne, daß es nach Lage der Sache durchaus angebracht sei, anstatt „Zwangswirtschaft“ gemeinnützige Wirtschaft im Wohnungswesen und Bau zu sagen und bezieht in diesem Sinne die in den 10 Programmpunkten, die unsere Reichstagsfraktion zur Regierungsbildung aufgestellt hat, enthaltenen wohnungspolitischen Forderungen. Lebhafter Beifall lobte den Redner für seine interessanten, und umfassenden Sachkenntnis zeugenden Ausführungen. An sie knüpfte sich eine ebenso interessante wie auf hohem Niveau stehende Aussprache, an der sich die Genossen Dörner, Glas, Dahn und Klobb beteiligten. Der Vorsitzende, Gen. Faber, machte noch die getroffenen Dispositionen über die im laufenden Winter stattfindenden Vorträge (u. a. Gen. Professor Wilhelm und Gen. Dr. Enler) bekannt und teilte mit, daß der große Sportfilm „Die neue Großmacht“ am 10., 11. und 12. Januar im hiesigen Uniontheater laufen wird.

Bermischtes

Ein Pfälzer Weingut gegen eine lebenslängliche Rente einzutauschen.

Dierheim, 11. Dez. Ein in den 60er Jahren stehender Weingutsbesitzer im Unterland, der keine direkten Nachkommen hat, möchte dem bayerischen Staate das Anerbieten, ihm und seiner Frau eine bestimmte lebenslängliche Rente zu gewähren und dafür sein Weingut in Besitz zu nehmen. Der Staat hat jedoch abgelehnt, dergleichen auch der Winerverein, dem der Weingutsbesitzer einen ähnlichen Antrag mit den gleichen Voraussetzungen machte. Es heißt, die Bedingungen seien nicht befriedigend genug gewesen. Wie man hört, sind noch andere Güter preiswert zu haben. Es ist eine Folge der derzeitigen ungünstigen Wirtschaftslage.

Aus Nahrungsjorgen in den Tod

Berlin, 14. Dez. Am letzten Sonntag haben in Berlin zehn Personen meißt aus Gründen wirtschaftlicher Not ihrem Leben ein Ende zu machen versucht. Fünf von ihnen waren sofort tot, während die anderen in schwer verletztem Zustande ins Krankenhaus gebracht wurden. Die Frau des Fabrikbesitzers Bialler, die vor einigen Tagen

von ihrem freiwillig aus dem Leben geschiedenen Mann schwer verletzt worden war, ist gestorben.

Eine russische Räuberbande übermächtig

Berlin, 14. Dez. Eine in den Gouvernements Drom und Kurst ihr Unwesen treibende Räuberbande, die erst kürzlich eine aus neun Personen bestehende Bauernfamilie ermordet hatte, ist jetzt nach einer Blüthenmeldung aus Moskau von der Polizei unschädlich gemacht worden. Die Polizei umstellte das Haus eines Kirchendieners, in welchem die Bande übernachtete. Zwischen den Räubern und der Bande entspann sich ein 1/2stündiger Kampf, wobei auf beiden Seiten Handgranaten verwendet wurden. Acht Banditen wurden getötet, ein neunter schwer verletzt. Dieser gab der Polizei alle Helfershelfer der Bande an, die verhaftet wurden.

Zwei Postkade aus dem Zuge gefallen

Berlin, 12. Dez. Gestern abend sind bei Nauen auf dem Eisenbahngelände zwei Postbeutel mit je 20 Einschreibebriefen gefunden worden, die von der Berliner Handelsgeellschaft nach Amerika abgeschickt worden waren und hohe Summen enthielten. Die Eisenbahn vermutete zunächst, daß es sich um einen geplanten Postraub handle. Die Untersuchung hat aber ergeben, daß die Annahme irrig war, die Beutel vielmehr aus dem fahrenden D-Zug 24 Berlin-Samburg herausgefallen waren, weil sich infolge der schnellen Fahrt des Zuges eine der Hüllklappen des Wagens geöffnet hatte. Die Beutel befinden sich zurzeit im Gewahrsam der Post. Der gesamte Inhalt, 40 Einschreibebriefe, ist vorhanden.

Der Kalender vom kleinen Coco. Unter diesem Titel gibt der Verlag der in ganz Deutschland weiterverbreiteten Kinderzeitung „Der kleine Coco“ einen Jugend-Kalender heraus, der ganz einzig dasteht. Sowohl der Inhalt als auch der Ausstattung und dem Umfang nach. Er ist 208 Seiten stark, illustrierte Mitarbeiter haben sich daran betätigt. Man braucht nur Namen wie Josephine Siebe, Ilse Franke, Klara Blüthgen, Berta Reaner-Zell, Elisabeth Dill, Frida Schanz, Sophie Klare, Josefa Meis, Johanna Weistrich, Viktor Blüthgen, Hans Benemann, Wörres von Münchhausen, Paul Lindenberg, Fritz Müller, Ernst Ludwig Schellenberg u. v. a. zu lesen, um zu wissen, daß der Coco-Kalender, wie er in der deutschen Kinderwelt bald heißen wird, auf der Höhe ist. Erste Klasse Künstler haben den Buchschmuck geschaffen. Kurzum: Ein Kinderkalender, wie er sein soll, ein Buch aus einem Guß. Auch den Eltern dient er nebenbei mit guten Ratsschlägen. Der Preis von Mk. 1.— ist außerordentlich niedrig. Man erhält den Coco-Kalender in allen Geschäften, die „Kosma-Margarine butterlei“ verkaufen, also da, wo die Kinderzeitschrift „Der kleine Coco“ ganz umjost vertrieben wird.

Die Heimelikeit langer Winterabende hat ihren besondern Reiz, wenn die Frau des Hauses der Familie oder den Gästen einen ihrer selbst gemachten Liköre oder gar einen selbst gebrauchten Busch oder Grob vorsetzt. Obwohl die allgemeine Geldknappheit und die geringen Verdienstmöglichkeiten heute jeder Familie gewisse Einschränkungen auferlegen, braucht man sich den bescheidenen Genuss eines Tropfens doch nicht zu verlagern, wenn man sich nach alter erprobter Sitte seine Schnäpse mit Reichel-Essensen selbst herstellt. Man spart dann mehr als das Doppelte und weiß, was man trinkt. Sämtliche Sorten Liköre, Brantweine und Glühwürstchen sind herstellbar. Der nötige Sritz ist auch wieder überall erhältlich. Nehmen Sie aber nur Reichel-Essensen mit dem richtigen Rezept, die allein Erlös für lückeren Gelingen und recht gleichzeitige Güte verbürgen. Zu haben in Drogerien und Apotheken. Darficht auch Dr. Reichel's Rezeptbüchlein mit erprobten Rezepten umsonst, aber wenn verarrigen, kostenfrei durch die Fabrik Otto Reichel, Berlin SO. 38, Eisenbahnstraße 4.

Die praktischsten u. billigsten Weihnachts-Geschenke sind

STOFFE

Herrenstoffe

- Serie I Mk. 2.50
- Serie II Mk. 3.50
- Serie III Mk. 5.00
- rein Kammgarn-Cheviot Mk. 11.00
- rein Kammgarn Mk. 18.00 15.00
- Ulsterstoffe Mk. 6.75
- Hosenstoffe
- Westenstoffe

Damenkleiderstoffe

- Halbwolle von Mk. 1.00 an
- Blusenstoffe von Mk. 1.00 an
- Cheviot, reine Wolle Mk. 1.95
- Cheviot, 130 cm breit Mk. 3.75
- Blusenstreifen, rein Wolle Mk. 2.00
- Popeline, rein Wolle Mk. 2.75
- Gabardine, 130 cm Mk. 5.00
- Schotten von Mk. 1.20 an
- Kostümstoffe, 130 cm, von Mk. 2.50 an

Baumwollwaren

- Flanell Mk. 0.60
- Flanell Mk. 0.75
- Leinwand Mk. 0.68
- Flockkörper, 80 cm Mk. 0.95
- Velour, bedruckt Mk. 0.95 0.85
- Schürzen, 116 cm Mk. 1.15
- Kleiderflanelle, kariert Mk. 1.00
- Zwirnstoff, 100 cm Mk. 1.50
- Mousseline, Baumwolle v. Mk. 0.75 an
- Bettuchbiber v. Mk. 1.75 an
- Zwirnstoffe, 100 cm Mk. 1.50

Mantelstoffe

- Flansch Mk. 5.00
- Velour de laine Mk. 7.90
- Mantelstoffe, gemustert Mk. 5.00
- Polzimitation in grosser Auswahl

Seidenstoffe

- Washseide Mk. 2.75
- Crépe maroc. Mk. 4.90
- Crépe maroc., Wollm. Seid. Mk. 6.90
- Crépe maroc., Kunstseide Mk. 3.75

Decken

- Jacquarddecken / Kamelhaardecken
- Steppdecken / Reisedecken
- Gardinen, abgepasst und am Stück

Handtücher / Gläsertücher / Tischtücher / Servietten / Taschentücher / Wischtücher / Frottiertücher / Putztücher / Farbige Tischzeuge in grossen Sortimenten

LEIPHEIMER & MENDE

„Darmstädter Hof“

Karlsruhe
Kreuzstrasse 2, Ecke Zirkel, Telefon 5115.
Altrenommiertes Gasthaus, erbaut 1764.

Eröffnung

Dienstag, den 15. Dezember 1925, nachm. 4 Uhr.

Nach altem Stil umgebaute sehenswerte und gemütliche **Wein- und Bierstuben**. / Nebenzimmer. / Konferenzzimmer (Saal). / Sorgfältig gepflegte Weine aus den edelsten Lagen Badens, der Pfalz, Mosel und Rheingau. / Exportbiere der Brauerei Schremp-Printz. Bekannt gute Küche bei ebenso mäßigen Preisen wie bisher im „Rheingold“.

Wilhelm Eberhard

seither Inhaber des Restaurant „Rheingold“-Karlsruhe

Karlsruhe.
 1. Erber Albert, Kaufmann, Karlsruhe, und Johanna geb. Scheuer, Vertrag vom 27. November 1925. Güttertrennung.
 2. Eisinger Eugen, Kaufmann, Karlsruhe, und Franziska Johanna Welleba Wiela Heine geb. Wittmann, Vertrag vom 1. Dezember 1925. Güttertrennung.
 3. Kersch Heinrich, Kaufmann, Karlsruhe, und Hedwig geb. Rul, Vertrag vom 28. November 1925. Güttertrennung.
 4. Bessinger Albert, Autobesitzer, Karlsruhe, und Gretchen geb. Jenta geb. Silberhorn, Vertrag vom 20. November 1925. Güttertrennung.
 5. Eißig Ludwig, Händler, Forchheim, und Rosa geb. Adler, Vertrag vom 30. November 1925. Güttertrennung. 7. 12. 25.
 6. Kirchenbauer Gustav, Kaufmann, Karlsruhe, und Josefine geb. Josa, Vertrag vom 28. November 1925. Güttertrennung. 7. 12. 25.
 7. Schmelzer Fritz, Kaufmann, Karlsruhe, und Frieda geb. Wuttscher, Vertrag vom 3. Dezember 1925. Güttertrennung. 8. 12. 25.
 8. Puff Otto, Architekt, Karlsruhe, und Luise geb. Brand, Vertrag vom 20. März 1922 bezw. 24. Nov. 1925. Güttertrennung. 7. 12. 25.
 9. Knebel Josef, Metzgermeister, Karlsruhe, und Theresia geb. Adler, Vertrag vom 8. Dezember 1925. Ertragsgemeinschaft mit Vorbehalt der Frau. 10. 12. 25.
 10. Hoffmann Heinrich, Arbeiter, Karlsruhe, und Margarethe geb. Bahler, Der Mann hat das Recht der Frau innerhalb ihres häuslichen Wirkungsbereiches keine Geschäfte für ihn zu betreiben und ihn zu vertreten, ausgeschlossen. 11. 12. 25.
Bad. Amtsgericht B 2.
 Maul- und Klauenseuche in Untergrombach Amt Bruchsal betr.
 In Untergrombach ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.
 Die Gegend um die Weingarten fällt in das Beobachtungsgebiet.
 Karlsruhe, den 14. Dezember 1925. D. J. 193
 Bezirksamt Nr. II b. 2400

Geschäfts-Uebernahme und Empfehlung

Der verehrlichen Einwohnerschaft sowie meinen Bekannten und Freunden mache ich die Mitteilung, daß ich ab **Dienstag, den 15. Dezember** das

Restaurant Zum Rheingold

übernehme
Schremp-Printz-Bier

Ich werde nur beste Getränke und Speisen zu angemessenen Preisen verabreichen und bitte um geneigten Zuspruch

Leonhard Helm und Frau

Allgemein-Deutscher Gewerkschaftsbund Karlsruhe-Durlach

Montag, 14. Dezember, abends 8 Uhr, im „Lamm“ in Durlach; Dienstag, 15. Dezember, abends 7 Uhr in Karlsruhe, Gartenaal des „Reichshof“

Lichtbilder-Vortrag

des Kollegen Hinz-Landau über: „Bergwerks- u. Hüttenwesen“
(Gewinnung von Kohle und Eisen, Verhüttung, Bildung von Tropfsteinhöhlen usw. Eintritt frei gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches der Gewerkschaft. 6812
Der Vorstand.

Badisches Landestheater

Montag, den 14. Dezember 1925 2394
Th.-Gem. III S.-Or. und I-109

IV. Sinfonie-Konzert

Musikalische Leitung: Ferdinand Wagner.
Solist: Nikolai Celoski-Berlin (Klavier).
Vortragsfolge:
1. Sinfonie für großes Orchester u. Sclabine op. 29 c-moll.
2. II. Sinfonie für großes Orchester u. Sclabine op. 29 c-moll.
Der Wechsel-Konzertsaal ist aus dem Lager der Firma Ludwig Schwesigat, Erdbrunnstr. 4.
Eintritt nach dem Klavier-Konzert.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sperrst. 1 4/90 Mark (Ende 9 1/2 Uhr. (1.40, 1.50, 2.-, 2.70, 3.-, 3.70, 4.20, 4.90, 5.40, 5.90.)

Haupt-Kartenverkauf in der Stadt durchgehend von 8-6 Uhr in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße.

Wo? In der Nähmaschinen-Genossenschaft Werderplatz 40, werden alle Arten Nähmaschinen repariert, auch Singer- und Schuhmacher-Maschinen. Ersatzteile, Öl, Riemen. Kauf und Verkauf alter gebrauchter Maschinen. Vorkasse genügt.
Schönes großes Bild (bis. Magdalena), Größe 115x80, Wollrahmen u. unter Glas, sehr billig zu verkaufen. Marktstr. 22.

Chaiselongue

Divan, Matratzen in großer Auswahl (Teils). A. Pöhlker, 2. Röhlfürn, Sebanstraße 14.

Pfannkuch

Stopf-Welschkorn

(rundes Korn) vorzüglich geeignet zum Stopfen der Gänge

10 Pfd. 1 65
50 Pfd. 8 00
Zentner 15 75

Pfannkuch

Lebet den Volksfreund

Montag, den 14. Dezember 1925. D. J. 193
Bezirksamt Nr. II b. 2400



Prüfen Sie: Qualitäten und Preise unserer Weihnachts Angebote

Aufhebung eines Versteigerungstermines.

Der in der Zwangsversteigerungssache gegen Heinrich Dreißig Kaufmann und dessen Ehefrau Klara geb. Lebbis in Karlsruhe auf **Donnerstag, den 21. Januar 1926, vormittags 9 Uhr** anberaumte Versteigerungstermin findet nicht statt. Karlsruhe, des 11. Dezember 1925. 2401
Bad. Notariat III als Vollstreckungsgericht.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
Bilanz auf 31. Dezember 1924

Aktiva	Passiva
Warenvorräte M. 388 747,12	Geschäftsguthaben M. 215 877,-
Einrichtungen, 5 Konten 5,-	Reserven 217 108,20
Grundstücke 427 202,-	Grundschuldschulden 90 350,-
Angelegte Werte, 4 Konten 8 725,78	Spareinlagen 78 253,-
Kassenbestand und Post- scheckguthaben 38 427,15	Sonst. Verpflichtungen 113 472,76
Bausparguthaben u. sonstige Forderungen 64 037,86	Erübrigung 212 083,95
M. 927 144,91	M. 927 144,91

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder betragen am 31. Dezember 1924 R.-M. 215 877,- gegen R.-M. 200 000,- am 1. Januar 1924, mithin mehr R.-M. 15 877,-. Die Vorkasse sämtlicher Mitglieder beträgt am 31. Dezember 1924 R.-M. 627 840,- gegen R.-M. 640 110,-, mithin weniger R.-M. 12 270,-. Die Zahl der Mitglieder betrug am 31. Dezember 1923: 21 337, Eingetretene sind im Laufe des Jahres 1924: 319, ausgeschieden: 728, sodas die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1924: 20 928 beträgt.

Der Vorstand des Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
Fr. Maucher R. Thomann S. Prull L. Dreining.

Fenerwerkskörper und Scherzartikel

(für Wiederverkäufer) liefert
M. Vorgenicht
Feuerwerks-Scherzartikel-Fabrik
Eiffingstraße 2 Telefon 5755

Arbeiter! Werbet für Eucere Zeitung!

„Der Herr Generaldirektor“

Großes Film-Schauspiel in 6 Akten
Der Roman ist vom 9. Februar bis 14. April in der Bad. Presse erschienen

In der Hauptrolle **Albert Bassermann** Weitere Darsteller: Hanna Ralph, H. Valentia, Curt Uespermann, Alfred Abel, A. Sorina

Nur noch einige Tage!

Residenz-Lichtspiele

Waldstraße